

N^o 37.

Verhandlungen der Bürgerschaft.

Sitzung vom 9. Dezember 1908.

Entschuldigt waren folgende Herren:

Bauer, Heinr.	Grimmenstein, Joh.
Danziger, Dr. jur.	Heinemann, Ernst Friedr.
Freese, Jac. Carl Heinr.	Hormann, H.
Frese, Emil.	Klüver, Hinr.
Fritz, J. G.	Krome, F.
Gerlach, J. H.	Krug, E. E.

Nebelthau, Aug. G.
Pappier, Fr.
v. Pustau, Dr. jur.
Putzner, J. G.

Redt, Fr. jun.
Rohr, Fr.
Schröder, Friedr. E.
Uhlenhoff, W.

Nicht entschuldigt waren folgende Herren:

Hartmann, H. Hiddessen, E.

Gegenstände der Tagesordnung:

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
I. Mitteilung des Senats vom 20. November 1908: Jahresberichte der Erleuchtungs- und Wasserwerke	689	VIII. Anträge, die bei der Budgetberatung zurückgestellt worden sind. (Sten. Ber. S. 367.)	(N. z. Verh. gef.)
II. Mitteilung des Senats vom 1. Dezember 1908: Vergrößerung des Friedhofs zu Hastedt	705	IX. Mitteilung des Senats vom 10. November 1908: 3. Ankauf von Grundstücken zur Ablagerung von Hausmüll.	
III. Wahl einer Kommission wegen Auslegung des Gesetzes, betreffend die Kanalisation nicht öffentlicher Höfe und Gänge. (N. z. Verh. gef.)		4. Bremer Straßenbahn. (N. z. Verh. gef.)	
IV. Mitteilung des Senats vom 16. Oktober, 10. und 28. November 1908: 4. Gewerbliche Schulen. (N. z. Verh. gef.)		X. Mitteilung des Senats vom 17. November 1908: 1. Aufhebung von Baubeschränkungen für die Anbaupläze Nr. 1195 bis 1200 zu Bremerhaven.	
V. Mitteilung des Senats vom 24. November 1908: 1. Gewerbemuseum. (Schulgeld)	706	2. Freistellen an den höheren Schulen. (N. z. Verh. gef.)	
2. Neubau des Polizeibureaus XV	706	XI. Antrag, betreffend die Steuergesetzgebung des Reiches.	(N. z. Verh. gef.)
3. Neubau einer 32klassigen unentgeltlichen Volkschule in der Vorstadt Gröpelingen.		XII. Antrag, betreffend die in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter. (Sten. Ber. S. 616.)	(N. z. Verh. gef.)
4. Aufhebung einer Planstraße in der Vorstadt Gröpelingen. (N. z. Verh. gef.)		XIII. Mitteilung des Senats vom 5. August 1908: 2. Aenderung des Gesetzes vom 12. Juli 1904, betreffend Polizeigebühren. (N. z. Verh. gef.)	
5. Nachbewilligung für die Feuerversicherung . .	708	XIV. Mitteilung des Senats vom 27. Oktober, 10. und 28. November 1908: 2. Staffelanordnung. (N. z. Verh. gef.)	
VI. Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1908: 2. Ankauf des Grundstücks Bornstraße Nr. 22 . .	708	XV. Antrag, betreffend Wohnungsinspektion. (Sten. Ber. 1907 S. 247.)	(N. z. Verh. gef.)
3. Krankentransportwagen	708		
4. Ankauf des Grundstücks Böttcherstraße Nr. 16. 5. Veröffentlichung der Wareneinfuhrlisten. (N. z. Verh. gef.)			
VII. Antrag auf Beseitigung von Gärten, die bei der Gehaltsregulierung entstanden sind. (N. z. Verh. gef.)			

	Verhandelt Seite		Verhandelt Seite
XVI. Mitteilung des Senats vom 23. Mai 1908:		XIX. Mitteilung des Senats vom 4. Dezember 1908:	
3. Abänderung des Gesetzes den Senat betreffend.		6. Ankauf und Enteignung von Straßengrund	
(N. 3. Verh. gef.)		der Straße Auf dem Bohnentamp.	
XVII. Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1908:		(N. 3. Verh. gef.)	
1. Abänderung des § 21 der Verfassung.		XX. Mitteilung des Senats vom 20. Juli 1907 und	
(N. 3. Verh. gef.)		Bericht der Kommission (Nr. 7):	
XVIII. Bericht (Nr. 13) der Kommission wegen § 71 der		Schutz der Bauarbeiter und Verhütung von	
Bauordnung.		Baunfällen.	
		(N. 3. Verh. gef.)	

Herr H. A. Nolze präsidiert.

Eröffnung der Sitzung 6 Uhr 22 Minuten.

Das Hauptprotokoll der vorigen Sitzung wird genehmigt.

Präsident: Eingegangen ist die Mitteilung, daß der Senat für die Verhandlungen über den Beschluß der Bürgerschaft, betreffend Antrag wegen Auslegung des Gesetzes, betreffend die Kanalisation nicht öffentlicher Gänge und Höfe, Herrn Senator Dr. Dreher und Herrn Senator Rasmow, und für die Verhandlungen, betreffend Jahresbericht der Erleuchtungs- und Wasserwerke Herrn Senator Dr. Kirchhoff zu seinen Kommissaren bestellt hat und letzterem die Herren Direktoren Dr. Schütte, Göbe und Süchting beigeordnet hat.

Sodann ist eingegangen eine Mitteilung des Senats vom 8. Dezember, betreffend 1. Nachträgliche Genehmigung einer budgetwidrigen Ausgabe für das St. Jürgen Asyl in Ellen, 2. Ankauf des Grundstücks Brückenstraße Nr. 25, 3. Ruhegehalt des Polizeiwachmeister's Schmidt, 4. Haushaltsunterricht.

Sodann eine Petition von 179 Herren unterzeichnet, hinsichtlich der geplanten 32klassigen Schule in Gröpelingen. Sie gipfelt darin, daß der Platz schlecht gewählt sei, sie beantragen einen andern Platz zu wählen. Der Gegenstand steht heute auf der Tagesordnung, wird aber ausgesetzt werden.

Sodann ist eingegangen eine Eingabe von Herren aus Bremerhaven, die beantragen, die Wahl des dort gewählten Herrn Adam für ungültig zu erklären. Das Bürgeramt hat sich mit der Eingabe beschäftigt, es wird demnächst eine Kommission gewählt werden müssen, welche die Sache zu prüfen hat.

Dann sind Eingaben gekommen vom Bremer Lehrer- gesangverein und vom Philharmonischen Chor. Beide Eingaben gipfeln darin, daß die Bürgerschaft alles tun möge, Herrn Professor Panzner dem Musikleben Bremens zu erhalten. Auch mit dieser Eingabe hat sich das Bürgeramt schon befaßt. Ich stehe auf dem Standpunkt, daß die Bürgerschaft sich mit den Eingaben schwerlich

befassen kann, da Herr Professor Panzner kein Staatsbeamter ist. Außerdem liegt sein Gesuch in ähnlicher Form dem Senat vor. Ich sehe keinen Weg, was wir damit machen sollen.

Herr Feuß: Würde es sich nicht empfehlen, die Petition der Deputation für das städtische Orchester zu überweisen?

Herr Notar A. Tebelmann: Das ist Sache des Senats.

Präsident: Wenn keine besonderen Wünsche laut werden, nehme ich an, daß die Bürgerschaft auf dem Standpunkt des Bürgeramts steht, daß die Bürgerschaft als solche mit den Eingaben nichts machen kann. (Sehr richtig!)

Herr Ed. Achelis hat gebeten, ihm vor Eintritt in die Tagesordnung das Wort zu geben.

Herr Ed. Achelis: Ich habe mir das Wort erbeten zu einer Richtigstellung. Anlässlich der letzten Verhandlungen über den Häuserblock am Kaiser Wilhelmplatz ist von mir eine Angabe gemacht worden betreffs der Breite der Fahrstraße am Kaiser Wilhelmplatz neben dem neuen Gebäude, welche nicht richtig war. Ich habe gesagt, die Breite der Straße würde 11,70 m betragen. Das ist nicht der Fall: die Breite der Straße stellt sich tatsächlich auf etwa 10,70 m. Dieser Irrtum ist dadurch veranlaßt, daß bisher Zweifel herrschten über die absolut richtige Breite der Straße. Es wurde daher noch im letzten Augenblick eine Vermessung vorgenommen, sie wurde durch Herrn Baurat Bahnson vorgenommen, und das Ergebnis war, daß die Straße 11,70 m breit werden würde. Ich hatte keine Veranlassung, die Richtigkeit in Zweifel zu ziehen. Am nächsten Morgen hat Herr Baurat Bahnson aber seinen Irrtum eingesehen und festgestellt, daß die Breite tatsächlich nur 10,70 m beträgt. Ich wollte das zur Berichtigung mitteilen.

Ferner möchte ich hinsichtlich der Zweifel, ob die Straße über den Ratskeller hinweggeführt werden dürfe,

noch mitteilen, daß auch darüber noch Erhebungen angestellt sind. Darüber teilt Herr Architekt Jacobson folgendes mit — es ist mir wohl erlaubt vorzulesen — danke. Ich bemerke dabei, daß ich den Plan heute noch einmal ausgehängt habe. Herr Jacobson schreibt:

In dem beigegeführten Lageplan sind die Umfassungsmauern des Bacchuskellers nach einem Plane des Katasteramts punktiert eingetragen. Es geht daraus hervor, daß der jetzige Saumstein bereits zum größten Teil über dem Keller liegt. Eine geringe Verschiebung des Saumsteins, wie sie durch die rote Linie angedeutet ist, die gleichmäßig 10,68 m von der gegenüberliegenden neuen Saumsteinfante entfernt bleibt, kann deshalb meines Erachtens keine Schwierigkeiten bieten. Die Breite würde damit die des Fahrdamms der Obernstraße, welche nach Augenmaß an der eingetragenen Stelle 9,58 m beträgt, um 1,10 m überragen.

Der Bericht ist auch unterzeichnet von Herrn Bau- rat Weber und den Baudirektoren Ehrhardt und Graepel. Hiermit sind wohl alle Zweifel über die Breite der Straße beseitigt.

Präsident: Die Sache ist damit erledigt. (Herr Hefemeyer bittet ums Wort.) Eine Diskussion kann über den Gegenstand nicht erfolgen.

Herr Hefemeyer: Zur tatsächlichen Aufklärung!

Präsident: Sie sind in keiner Weise angegriffen, und auch eine Aufklärung zu geben ist nach § 38 der Geschäftsordnung nicht zulässig.

Herr Hefemeyer: Herr Senator Nebelthau hat mich gebeten — — —

Präsident: Das geht nicht, es ist strikte gegen die Geschäftsordnung.

Nr. 1 der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 20. November 1908:

Jahresberichte der Erleuchtungs- und Wasserwerke.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Kirchhoff, Beigeordnete die Direktoren Herren Dr. Schütte, Göze und Sicking.

Präsident: Die Verhandlung ist am vorigen Mittwoch vertagt. Zum Wort gemeldet hatten sich noch die Herren Hagemeyer, Bruns und Böttcher. Zu dem Gegenstand liegen zwei Anträge vor, die genügende Unterstützung gefunden haben, von Herrn Pieck und von Herrn Junge. Die Herren wünschen die nochmalige Verlesung der Anträge wohl nicht. Dann möchte ich kurz folgendes mitteilen. Nach dem Antrage des Herrn Feuß hat die Bürgerschaft in der vorigen Sitzung

beschlossen, den Senat zu bitten, sich kommissarisch vertreten zu lassen. Nach weiterem Ueberlegen habe ich mir gestattet, an Herrn Senator Kirchhoff das Ersuchen zu richten, als Senatskommissar nicht allein zu kommen, sondern die drei Direktoren der Erleuchtungs- und Wasserwerke zur Verhandlung mitzubringen. Sie wissen, meine Herren, daß in diesen Erleuchtungs- und Wasserwerken ein enormes Kapital steckt, und ich bin der Ansicht gewesen, daß bei Vorwürfen, wie sie in der letzten Sitzung bekanntlich gefallen sind, es im Interesse jedes Mitgliedes der Bürgerschaft liegt, sie auf ihren wahren Wert zurückgeführt und klargestellt zu sehen. Dazu ist der Senator, der das Ressort zu verwalten hat, nicht in der Lage, und ich habe daher geglaubt, die Zustimmung der Bürgerschaft zu finden, wenn ich Herrn Senator Kirchhoff gebeten habe, die drei Direktoren mit herzubringen. (Beifall.)

Senatskommissar Herr Senator Dr. Kirchhoff: Herr Präsident! Die Bürgerschaft hat den berechtigten Wunsch ausgesprochen, beim Jahresbericht der Erleuchtungs- und Wasserwerke nähere Aufklärung zu erhalten und namentlich über das, was in der vorigen Sitzung von Seiten des Herrn Pieck behauptet worden ist, informiert zu werden. Nach unsern Gepflogenheiten werden ja die Jahresberichte der Deputation an Senat und Bürgerschaft abgelassen, ohne daß gleichzeitig bei den Verhandlungen über diese Jahresberichte ein Senatskommissar erscheint — ich kenne wenigstens eine andere Sitte nicht. Die Jahresberichte der Erleuchtungs- und Wasserwerke sind regelmäßig eingegangen und gewöhnlich ohne jede Debatte zur Kenntnis genommen. Ich würde allerdings in diesem Falle lieber gesehen haben, wenn ich und die Herren Direktoren schon in der vorigen Sitzung anwesend gewesen wären. Dann wäre verhütet worden, daß eine ganze Reihe unrichtiger Behauptungen aufgestellt wurden und durch den Druck in die Öffentlichkeit kamen, welche geeignet waren, das Ansehen der Werke und ihrer Direktoren herabzusetzen. Herr Pieck hat im Eingang seiner Rede gemeint, er hätte erwartet, daß schon jetzt ein Senatskommissar anwesend sei. Wie er dazu gekommen ist, kann ich nach dem, was ich gesagt habe, mir nicht erklären. Er hat sich in einem Irrtum befunden. Wenn er eine Reihe von Tatsachen zur Sprache bringen wollte, so wäre es daher an ihm gewesen, den Antrag zu stellen, den nachher Herr Feuß gestellt hat: die Verhandlung zu vertagen und den Senatskommissar und eventuell die Direktoren der Werke einzuladen, an den Verhandlungen teilzunehmen, (Sehr richtig!) und das ist um so schwerer wiegend, Herr Präsident, als die Angaben des Herrn Pieck nicht lediglich sachlicher Natur waren und sich auf das Rechtsverhältnis, wie es in dem Jahresbericht dargelegt ist, bezogen, sondern daß diese Bemerkungen eine persönliche Spitze enthielten, namentlich was die Ausführungen über das neue Elektrizitätswerk in Hastedt betrifft.

Die Ausführungen des Herrn Piefk mußten jeden Hörer zunächst und hernach jeden Leser in den Glauben versetzen, daß die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke mit dem erheblichen Kapital, das wir in dieses neue Werk gesteckt haben und bei dem wir bestrebt gewesen sind, alle Neuerungen der Technik möglichst zur Anwendung zu bringen, in sehr unvorsichtiger Weise gewirtschaftet hätte und es namentlich an der nötigen Aufsicht gegenüber dem Direktor hätte fehlen lassen. Diese Behauptung, Herr Präsident, setzt nicht nur das Ansehen der Deputation und der Direktoren in den Augen der Bürgerschaft herab, sondern sie ist auch offenbar geeignet, das Ansehen unserer Verwaltung gegenüber den Beamten und den Arbeitern herabzusetzen, und darauf lege ich auch Wert, daß die Arbeiter in dieser Beziehung nicht irreführt werden. (Herr Hagemeyer: Sehr gut!)

Die einzelnen Tatsachen, die vorgebracht sind, wird später Herr Direktor Süchting mit Ihrer Genehmigung, Herr Präsident, auseinandersetzen. Ich wollte mir nur einige Bemerkungen erlauben.

Es liegen zwei Anträge vor. Der erste Antrag ist von Herrn Junge. Er wünscht einen Bericht darüber, ob nicht der Gaspreis nunmehr weiter herabgesetzt werden könne. Diesem Antrage kann die Bürgerschaft unbedenklich zustimmen. Es kann meines Erachtens untersucht werden, ob eine derartige Herabsetzung des Preises möglich ist. Ich stehe allerdings für den Augenblick der Sache noch skeptisch gegenüber. Erst vor kurzer Zeit ist ein Einheitspreis für Gas herbeigeführt, und selbstverständlich kann da mit den Ziffern über den Selbstkostenpreis nicht so operiert werden, als wenn wir nicht eine so erhebliche Systemänderung vorgenommen hätten. Außerdem wollen Sie berücksichtigen, daß wir im Begriff stehen, unser Gaswerk erheblich zu erweitern. Die Bürgerschaft hat das dafür erforderliche Kapital von 2 300 000 M. bewilligt, um zwei neue Ofensysteme mit acht Vertikalöfen herzustellen. Eine derartige Anlage kann selbstredend nicht morgen oder übermorgen, sondern erst im Laufe der Zeit Früchte tragen. Es wird infolgedessen das Anlagekapital des Gaswerks in jeder Weise mehr belastet, als es bisher der Fall war, und die Erträge werden selbstverständlich in den nächsten Jahren geringer werden, so daß wir meines Erachtens kaum darauf rechnen können, den Gaspreis jetzt herabzusetzen. Solche Anstalten arbeiten natürlich wirtschaftlich am besten, wenn das vorhandene Material zur Erzeugung der erforderlichen Gas Mengen eben noch reicht, dann stellt sich natürlich der Einstandspreis erheblich billiger. Ebenso liegt es hinsichtlich der Erträge des Elektrizitätswerks. Herr Piefk hat die Erträge und die Selbstkosten der Jahre 1905 und 1907 gegenübergestellt. Im Jahre 1905 war das Werk gerade an die Grenze der äußersten Leistungsfähigkeit gelangt, und infolge dessen hat sich in dem Selbstkostenpreis eine Verminderung gezeigt. Nachdem aber dann ein größeres Kapital in das Werk gesteckt ist,

stellt sich die Sache erheblich anders, und eine Verminderung wird sich erst allmählich einstellen. In dieser Beziehung wird Herr Direktor Süchting nähere Ausführungen machen. Da aber der Antrag des Herrn Junge nur einen Bericht von der Deputation und nicht direkt eine Aenderung des Einheitspreises fordert, will ich dem Antrage nicht widersprechen. Ich glaube aber nicht, daß wir eine Herabsetzung des Preises jetzt vornehmen können, schon um deswegen nicht, weil wir noch nicht wissen, was aus der Reichsteuer für Gas und Elektrizität herauskommen wird.

Außerdem liegt ein Antrag des Herrn Piefk vor, den ich entschieden bitte, abzulehnen. Der Antrag geht nicht dahin, einen Bericht zu fordern, ob es möglich sei, für die Schaltwärter tägliche Achtschichten mit einem Wochenlohn von 32 M. einzuführen, sondern er geht dahin, daß das Werk beauftragt werde, diese Maßregel sofort einzuführen. Es ist aussichtslos, die Deputation zu veranlassen, in dieser Weise vorzugehen. Herr Präsident! Wir haben auf unseren Werken in bezug auf die Schichten und auf die Organisation verschiedenartige Einrichtungen. Wir haben Achtschichten für die Arbeiter eingeführt, die einen schweren Dienst haben, und wir haben den Wochenlohn eingeführt da, wo sich das wirtschaftlich und mit Rücksicht auf den Betrieb rechtfertigte. Aber ich möchte bitten, in diesem Fall der Schaltwärter das Prinzip nicht zu durchbrechen, welches wir im übrigen auf dem Elektrizitätswerk durchweg aufrecht erhalten müssen, das Prinzip regelmäßiger Zehnstundenschichten und nicht Wochenlohn zu zahlen, sondern Stundenlohn. Die Schaltwärter befinden sich allerdings in einem Betriebe mit viel Geräusch, hervorgerufen durch das Gekurr der Maschinen; aber im übrigen ist der Dienst nicht ein so besonders angestrebter, daß man für sie zu besonders kurzen Schichten kommen müßte. Deshalb muß nach meiner Ansicht dieser Antrag abgelehnt werden. Es wird besonders hervorgehoben, daß diese Schichten dadurch erschwert würden, daß der Betrieb ein kontinuierlicher sei, dadurch besonders belastet sei, und es wird noch betont, daß die Leute einen ganz freien Sonntag nicht haben. Die Ausführungen des Herrn Piefk in dieser Beziehung sind richtig. Es steht allerdings so, daß die Schaltwärter alle drei Wochen einmal die letzte Schicht am Sonntagmorgen um sechs oder sieben Uhr beenden, dann haben sie 24 Stunden frei bis zum andern Morgen, sie haben dann am Sonntag einen Teil der Nachtruhe nachzuholen, und dadurch wird ihnen der Sonntag allerdings verkürzt. Aber, Herr Präsident, die Sache liegt so, daß bei den Einrichtungen, die wir haben, wir schwer eine andere Gruppierung der Zeiten erreichen können. Wir könnten dem nur abhelfen, wenn wir Ersatzleute anstellten. Fällt aber für die Schaltwärter die Sonntagsdienstzeit weg, so fällt dadurch auch ein erheblicher Teil der Einnahmen weg, da sie an Sonntagen erhöhte Löhne beziehen; und es gibt eine große Anzahl Arbeiter, die

den erhöhten Lohn nicht missen wollen, und deshalb wollen sie auch an Sonntagen gern arbeiten.

Dann ist im allgemeinen von Herrn Pieck noch gesprochen über die Behandlung von Arbeitern, über die Kündigung und Entlassung derselben; er sagt, die Deputation sollte sich mehr um die Behandlung und um die Entlassungsgründe der Arbeiter kümmern. Die Direktoren müssen selbstredend die Befugnis behalten, Arbeiter zu entlassen. Glauben Arbeiter Grund zu haben, sich darüber beschweren zu müssen, so steht ihnen selbstverständlich das Recht zu, diese Beschwerde bei der Deputation zu erheben und das ist wiederholt vorgekommen, aber ich glaube, die Deputation hat zu den Direktoren das Vertrauen, daß sie in dieser Beziehung fast immer das Richtige treffen. Derlei Beschwerden sind mir, abgesehen von einem Fall, der gerade einen Schaltmeister betrifft, nicht vorgekommen, in diesem Fall hat die Deputation zur Beschwerde Stellung genommen und ihrerseits entschieden, daß der Direktor dabei durchaus im Recht war. Im übrigen muß ich mitteilen, daß in der letzten Zeit allerdings eine Beschwerde eingegangen ist von Arbeitern über das Verhalten mittlerer Beamten. Diese Beschwerde ist in Untersuchung begriffen, und ich kann darüber heute noch nichts näher mitteilen.

Herr Präsident! Dann ist nur noch ein allgemeiner Punkt zu erledigen, der von Herrn Pieck kurz gestreift ist: daß nämlich die Deputation für die Erleuchtungs- und Wasserwerke eine Eingabe des Verbandsvorstandes der Staatsarbeiter kurzerhand abgelehnt hat. Das ist richtig. (Sehr richtig!) Das ist geschehen, weil wir den Verband und deshalb auch den Vorstand des Verbandes nicht als berufenes Organ unserer sämtlichen Arbeiter betrachten können. (Bravo!) In dem Verbande sind nämlich nicht sämtliche Arbeiter der Erleuchtungs- und Wasserwerke, sondern nur ein Teil, und wenn wir den Vorstand des Verbandes als Organ unserer Arbeiter anerkennen wollten, so würden wir mit einem Organ verhandeln, das nur einen Teil der Arbeiter vertritt. Deshalb haben wir uns bei dieser Eingabe auf den formalen Standpunkt gestellt.

Ich bitte nun, Herrn Direktor Süchting und hernach Herrn Direktor Dr. Schütte das Wort zu geben, um ihrerseits auf die Angriffe zu antworten.

Präsident: Zur Aufklärung möchte ich bemerken, Herr Senator. Sie haben gesagt, daß Herr Junge den Antrag gestellt habe, daß die Deputation mit einem Bericht darüber beauftragt werden solle, den Einheitspreis auf 12 M herabzusetzen. Das entspricht nicht der Tatsache, und das möchte ich klarstellen. Der Antrag des Herrn Junge lautet:

In Erwägung, daß der Jahresbericht der Deputation der Erleuchtungs- und Wasserwerke für 1907 sehr erfreuliche finanzielle Ueberschüsse nachweist, hält es die Bürgerschaft nunmehr für gerechtfertigt, den Gaspreis auf 12 M per cbm

herabzusetzen. Sie ersucht daher den Senat, das hierzu erforderliche in die Wege leiten zu wollen.

Senatskommissar Herr Senator Dr. Kirchhoff: Ich habe den Wortlaut des Antrages erst heute bekommen und war bisher nur auf eine oberflächliche Mitteilung angewiesen. Es ist richtig, daß der Antrag in der Form nicht angenommen werden kann. Ich war der Meinung, daß nur ein Bericht gefordert werden sollte.

Herr Direktor Süchting: Herr Präsident! Meine Herren! Die schweren Angriffe, die von einem Mitgliede der Bürgerschaft gegen meine Person, gegen meine fachliche und amtliche Tätigkeit erhoben worden sind, lassen in mir den lebhaften Wunsch entstehen, ausführlich auf die Angriffe zu erwidern. Ich bitte daher um die Erlaubnis, selbst auf die Gefahr hin, Ihre Zeit anderen wichtigen Gegenständen zu entziehen, ausführlich auf die einzelnen Punkte der Ausführungen des Herrn Pieck einzugehen.

Herr Pieck ist zunächst von Ziffern ausgegangen, die er beim Lesen des Jahresberichtes gesehen hat, und zwar von dem Herstellungspreis pro Kilowattstunde, der im letzten Jahre 30,78, zwei Jahre vorher 24,56 M betragen haben soll. Die Zahl 30,78 ist dem letzten Jahresbericht entnommen; es heißt dort, daß für die Privatversorgung die Selbstkosten einer Kilowattstunde „für Leuchtzwecke“ 30,78 M betragen haben. Herr Pieck hat aber dabei nicht erkannt, daß in diesem Jahre zum erstenmale eine Trennung gemacht worden ist zwischen den drei Gruppen des Stromes: Privatversorgung für Leuchtzwecke, Privatversorgung für andere Zwecke, Strom für öffentliche Beleuchtung. Die Privatlichtversorgung erforderte rund 2 Millionen Kilowattstunden, die Privatkraftversorgung rund 700 000 Kilowattstunden, die öffentliche Beleuchtung rund 300 000 Kilowattstunden, also zusammen rund 3 Millionen. Diese drei Gruppen von Strom-Mengen wurden früher hinsichtlich des Selbstkostenpreises in einen gemeinsamen Topf geworfen und es wurde für alle drei ein gemeinsamer Selbstkostenpreis berechnet. Die drei Gruppen selbst erschienen auch in früheren Jahresberichten, ebenso der Reingewinn für jede Gruppe. Dabei ergab sich dann immer das Resultat, daß scheinbar bei der Abgabe von Privatkraftstrom kein Gewinn, sondern ein Verlust entstand. Dies war aber nur eine Folge davon, daß man alle drei Gruppen zusammengeworfen hatte. Ich habe wiederholt betont, daß diese Berechnung ein Mangel sei, da in Wirklichkeit auch der Privatkraftstrom einen — wenn auch kleineren — Gewinn ergibt, während rechnungsmäßig Verlust dabei erschien. Ich habe deswegen in diesem Jahre die Selbstkosten der drei Gruppen getrennt berechnet und im Jahresbericht getrennt angegeben und zwar folgende Ziffern: Privatversorgung für Leuchtzwecke 30,78 M , Privatversorgung für andere Zwecke 21,83 M , öffentliche Beleuchtung 23,11 M . Wenn wir jetzt den Jahres-

bericht mit den früheren vergleichen wollen, so müssen wir selbstverständlich die drei Gruppen in gleicher Weise wie damals wieder in einen Topf werfen. Dann erhalten wir aber einen gemeinsamen Selbstkostenpreis von 27,79 M und nicht 30,78 M . Wenn wir jetzt zurückgreifen auf frühere Jahre und sehen, wie sich da der Selbstkostenpreis stellte für die Kilowattstunde von verkauftem Strom für die öffentliche Beleuchtung, für Privatlicht und Privatkraft zusammen, so finden wir, daß der Preis betrug: 1903 26,93 M , 1904 26,18 M , 1905 24,56 M , 1906 26,75 M und 1907 27,79 M . In diesem Berichtsjahr ist also der Selbstkostenpreis gegenüber dem Vorjahre um fast genau 1 M gestiegen, in den Jahren 1903, 1904 und 1906 stimmen die Preise fast genau überein. Das Jahr 1905, auf das sich Herr Piesch bezieht, zeigt einen ganz abnorm niedrigen Satz, den wir vielleicht nach einigen Jahren einmal, wie ich hoffe, wieder erreichen werden. Den Grund für diesen so niedrigen Satz hat Herr Senator Kirchhoff schon angedeutet. Er liegt darin, daß jedes Werk, das wie unser Elektrizitätswerk mit einem großen Kapital an Gebäuden, Maschinen, Apparaten usw. und mit einem großen Personal arbeitet, immer dann am billigsten wirtschaftet, wenn die Maschinen bis an die äußerste Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angestrengt werden. Das war im Jahre 1905 der Fall. Die Maschinen mußten mit Ueberanstrengung arbeiten, sie liefen im Winter 1905 etwa hundert Stunden, wurden dann drei Stunden lang zur Ruhe gebracht, um nachzugehen zu werden und dann wieder hundert Stunden zu laufen. Im Dezember 1905 war der Betrieb so, daß ich glaubte, er könne nicht durchgehalten werden, und ich war froh, als wir ihn durchgehalten hatten. Ich möchte das nicht wieder durchmachen. Die Ursache lag an dem Direktorenwechsel. Als ich den Posten übernahm, dauerte es eine gewisse Zeit, bis ich mich eingearbeitet und soviel Vertrauen erworben hatte, daß ich eine Neubausumme von rund zwei Millionen Mark beantragen konnte. Ich bin überzeugt, wenn Herr Direktor Jordan nicht gestorben wäre, wäre die Erweiterung schon ein Jahr früher ausgeführt worden und die Klemme von 1905 wäre vermieden worden. Da sie zum Glück gut abgelaufen ist, hat sie statt eines Nachteils sogar einen Vorteil gebracht, nämlich einen abnorm niedrigen Selbstkostenpreis des Stromes. Es kann aber nicht verlangt werden, daß dieselbe Ziffer nun auch in den folgenden Jahren wieder erreicht wird, in denen die erforderlichen Reserven an Betriebseinrichtungen vorhanden waren und mit verzinst und amortisiert werden mußten.

Was die Erhöhung um etwa 1 M von 1906 auf 1907 anlangt, so habe ich folgendes zu bemerken: Das große Werk in Hastedt und die Umformerstation in der Hundestraße sind durchaus auf Zuwachs angelegt. Die Kabel und die Maschinen dieser Stationen

waren im Jahre 1907 nicht annähernd ausgenutzt. Erst in diesem Jahre werden sie es werden; aber die Gebäude bieten noch für mehrere Jahre ausreichenden Platz für weitere Maschinen. Das Personal in Hastedt besteht aus etwa 40 Mann; diese Zahl mußte vom ersten Tage an dastehen. Wenn Sie aber einen Blick in das Hastedter Werk tun, werden Sie selbst leicht erkennen, daß mit demselben Personal oder mit ganz geringer Vermehrung auch das Vier- oder Fünffache an Strom erzeugt werden könnte. Diese Leute, die rund 60 000 M kosten, belasten das Budget im ersten Jahre ganz abnorm. Es ist jedem Industriellen selbstverständlich, daß eine großzügige Erweiterung in bezug auf den Selbstkostenpreis der Einheit des Produktes einen geringen Rückschlag gibt, der erst später, in 4—5 Jahren, eingeholt werden und einer Verbilligung Platz machen kann. — An Verzinsung und Amortisation hatten wir für das Jahr 1907 über 80 000 M mehr zu schleppen als für das Jahr vorher. — Der Kohlenpreis stieg vom Jahre 1905 auf 1906 um 76 M für die Tonne, von 1906 auf 1907 um weitere 70 M , also in zwei Jahren um 1,46 M pro Tonne, das macht bei 18 000 Tonnen 26 000 M . — Die Löhne sind im Oktober 1905 und im Oktober 1906 jedesmal um 2 M für die Stunde gestiegen. Der DurchschnittsStundenlohn liegt also für das Jahr 1907 um etwa 1 M höher als für 1906 und etwa 3 M höher als für 1905. Beide Ursachen, die Vermehrung des Personals und die Erhöhung der Löhne bewirkten, daß 1907 um zirka 89 000 M mehr an Lohn bezahlt worden ist als 1905. — Die Unkosten der allgemeinen Verwaltung werden zunächst insgesamt festgestellt und dann erst auf die drei Werke nach einem feststehenden Prozentsatze verteilt. Auf das Elektrizitätswerk wurden früher 15 Prozent vom Gesamtbetrage verrechnet. 1907 haben wir uns überlegt, daß es jetzt, nachdem das Elektrizitätswerk so gewachsen war, angemessen sei, 20 Prozent zu verrechnen. Man hat also statt 15 Prozent jetzt 20 Prozent genommen, was eine sprunghafte Mehrbelastung um 14 000 M ergibt. So kommt eins zum andern und erzeugt die Erhöhung der Selbstkosten um den einen Pfennig, die keineswegs auf einen mangelhaften Betrieb zurückzuführen ist.

Der Punkt 2, der von Herrn Piesch angeregt ist, bezieht sich darauf, daß die Kessel schlecht sein sollen, und wenn man das von ihm Gesagte liest, so möchte man glauben, daß sie in einem ganz traurigen Zustande von der Hannoverschen Maschinenbauanstalt vormals Egestorff geliefert worden seien. Die Firma steht in einem außerordentlich guten Rufe, besonders wegen ihrer glänzenden Leistungen im Bau von Lokomotiven. Gerade aus dem Lokomotivenbau aber hat sie große Erfahrungen im Bau von Dampfkesseln mit 16—18 Atmosphären, während unsere nur 12 haben. Die Blechstärken sind durch reichsgesetzliche Verordnungen genau vorgeschrieben, nicht von mir. Ich habe zur besonderen

Sicherheit noch einen Zuschlag von 2 mm gemacht, den ein vorsichtiger Besteller macht, aber zu machen nicht nötig hat. Für die Prüfung des Materials der Kessel und für die Konstruktion der wichtigsten Teile bestehen allgemein anerkannte Normen. Die Ueberwachung der Herstellung der Kessel lag nicht mir ob, sondern ist der bremischen Gewerbe-Inspektion übertragen und von ihr mit großer Sorgfalt ausgeübt worden. Beamte unserer Gewerbe-Inspektion haben die Bleche, die auf einem unserer besten westfälischen Walzwerke hergestellt wurden, auf dem Walzwerk geprüft und gestempelt. Sie haben sich später überzeugt, daß auch wirklich die geprüften Bleche im Kessel liegen. Sie haben ebenso die Riete und die Rohre geprüft, der sächsischen Dampfkessel-Ueberwachungsverein die Ueberhitzer. Unsere Gewerbe-Inspektion hat dann die fertigen Kessel den gesetzlichen Kalt- und Warm-Druckproben unterzogen. Alle Proben ergaben gute Resultate. Die Kessel sind ähnlich gebaut wie Schiffskessel; sie enthalten eine große Anzahl von Röhren. Nun ergab es sich im Laufe des Betriebes mehrfach, daß Rohre und einige Nietstellen leckten. Ich habe vor einigen Tagen darüber mit unserem Gewerberat gesprochen, und er hat mir gesagt: „Was ist denn nun eigentlich los? Etliche Rohre rinnen und ein paar Riete. Du meine Güte! Welchem Dampfer ist es nicht schon passiert, daß ein paar Rohre lecken, wenn er in den Hafen kommt. Das ist etwas ganz gewöhnliches. Sie werden einfach nachgewalzt, und wenn das nicht geht, werden ein paar neue Rohre eingesetzt.“ So ist es auch bei uns geschehen. Aber Bremen hat dazu keinen Pfennig bezahlt, alles hat der Lieferant bezahlt. Herr Pieck sagt, die Kessel seien abgenommen, die Fließereien würden vom bremischen Staate bezahlt. Meine Herren, die Kessel sind nicht abgenommen, (Hört! Hört!) die Reparaturen sind nicht vom bremischen Staate bezahlt. (Hört! Hört!)

Der dritte Punkt war, es sei eine Maschine ausgeschrieben von 2400 Kilowatt und dazu zwei Kessel von je 600 Kilowatt, und daraus wurden merkwürdige Schlüsse gezogen. Es ist ein Irrtum, wenn behauptet wird, daß die Kessel schon ausgeschrieben seien. Sie sollen erst demnächst ausgeschrieben werden. Ueber die Ausschreibung liegt dem Senat und der Bürgerchaft ein Bericht vor von 1908 auf Seite 962. Darin steht: wir brauchen eine neue Maschine, weil wir im nächsten Jahre sonst nicht mehr auskommen. Die jetzigen Maschinen haben 1200 Kilowatt. Die Deputation empfiehlt, die neue Maschine größer zu nehmen, weil eine große Maschine weniger Anlagkapital, weniger Platz, weniger Bedienung und weniger Dampf braucht als zwei von der halben Leistung; sie empfiehlt die neue Maschine auf 2400 Kilowatt zu bemessen, damit die neue soviel leistet wie die zwei alten zusammen und damit sie gegenseitig als Reserve dienen. In Zeiten mit geringer Belastung werden wir dann die kleinen Maschinen laufen lassen. Wir brauchen vorläufig neue

Kessel und Maschinen nur für 1200 Kilowatt; aber wir kaufen eine Maschine für 2400 Kilowatt; der geringe Zinsverlust wird durch die genannten Vorteile reichlich aufgewogen. Bei Kesseln ist aber 600 Kilowatt schon eine große Einheit, zu 2400 Kilowatt gehören also 4 Kessel. Die kann ich aber stückweise kaufen: jetzt zwei, im nächsten Jahre noch einen und nach Bedarf beliebig später den vierten. Es liegt kein Grund vor, sogleich vier zu nehmen. Voll belasten können wir deswegen die neue Maschine doch, nämlich unter Zuhilfenahme der alten Kessel. Der eigentliche Grund, weshalb wir weniger neue Kessel kaufen wollen als neue Turbinen, ist also der, daß ich wohl 4 Kessel in zwei Teile teilen kann, aber nicht eine Turbine, und das ist doch so plausibel, daß man eigentlich kein Wort darüber zu verlieren brauchte.

Ueber die Turbinen, die in Hastedt laufen, ist die Bemerkung gefallen, daß die eine von ihnen nur zu $\frac{3}{4}$ ausgenutzt werden könne. Ich habe mich außerordentlich darüber gewundert. Bei der Abnahmeprüfung haben die Maschinen lange Zeit mit 1200 Kilowatt gelaufen. Jetzt läuft immer eine Maschine eine Woche lang Tag und Nacht, dann wird gewechselt. Die Belastung schwankt mit dem Bedarf, sie ist am Tage geringer, abends größer. Jetzt beträgt sie abends zwischen 1100 und 1200 Kilowatt, während $\frac{3}{4}$ der Leistung nur 900 Kilowatt sein würde. Die Behauptung, daß sie nur zu $\frac{3}{4}$ belastet werden könne, ist also ein Märchen.

Nebenbei ist Bezug genommen auf die Stromlieferung an die Straßenbahn. Es heißt, an einem Reintage habe der Straßenbahn auch nicht genügend Strom geliefert werden können. Die Sache ist so: Strom hätte genug geliefert werden können. Das ist von jedermann einzusehen. Es war an einem Sommertage und an einem Sonntage, wo keine Fabriken arbeiten und weniger Licht gebraucht wird, weil die Läden und Büreaus geschlossen sind. Strom hätte also doppelt soviel geliefert werden können, als verlangt wurde. Die Schwierigkeit lag daran, daß die Linie außerordentlich stark belastet war. Am Schaltbrett sind nun Sicherheitsapparate angebracht. Diese sollen bei Ueberlastung automatisch ausschalten. Das haben sie auch getan. Der Schaltwärter drückte das Ding wieder hinein, es flog sofort wieder heraus. Nachdem er dies Manöver zehnmal oder noch häufiger exerziert hatte und als aussichtslos aufgeben mußte, stand er vor der Frage, ob er den Apparat einschalten und ihn mit der Hand festhalten sollte oder nicht. Hält er ihn fest, so ist natürlich der Zweck des Apparates illusorisch, denn er soll eben bei Ueberlastung der Strecke automatisch ausschalten und dadurch die Strecke schützen. Deswegen hat der Schaltwärter das Festhalten nicht riskiert, und so blieb die Strecke ohne Strom. Jetzt entstand eine Streitfrage. Die Straßenbahn steht auf dem Standpunkte, dieser Apparat hätte durch das Elektrizitätswerk rechtzeitig verstärkt werden sollen. Das Elektrizitätswerk steht auf dem Standpunkt, daß

er als eine Anschlußeinrichtung von der Straßenbahn zu unterhalten und zu verstärken ist und daß das Elektrizitätswerk dazu gar kein Recht gehabt hätte, weil es damit die Betriebssicherheit der Bahn gefährdet haben würde. Die Straßenbahn erklärte in einem Kontroverse, daß dieser Apparat vor dem Zähler liege, folglich das Elektrizitätswerk dafür zu sorgen habe. Das ist ein Irrtum, er liegt hinter dem Zähler. Aber das interessiert hier wohl nicht, es ist eine reine Rechtsfrage, die durch ein Schiedsgericht erledigt werden wird. Jedenfalls rührte die Störung bei der Bahn nicht daher, daß nicht genügend Strom vorhanden war, sondern von dem präzisen Funktionieren einer Sicherheitsvorrichtung.

Nun zu dem Punkte Kohlenförderungsanlage. Ich geniere mich nicht zu sagen, daß ich auf unsere Kohlenförderung einigermaßen stolz bin und viele Komplimente darüber gehört habe. Herr Senator Kirchhoff hat vielleicht in seiner Rede vergessen, Sie einzuladen, das Elektrizitätswerk zu besichtigen, so bald Sie können und wünschen. Es war wenigstens seine Absicht. Ich hoffe, daß Sie dieser Einladung Folge leisten, und ich würde mich sehr freuen, Ihnen die Anlage zeigen zu können. Ueber die Kohlenförderungsanlage habe ich in aller Eile eine kleine Skizze anfertigen und hier aufhängen lassen, und darf wohl an Hand dieser Skizze kurz den Weg der Kohle erläutern. Vom Waggon wird sie in den unmittelbar neben dem Gleis liegenden Trichter geschoben oder geworfen. Von da ab wird sie aber im allgemeinen nicht wieder mit der Schaufel angerührt, sondern ganz automatisch befördert. Sie gelangt nämlich in ein Becherwerk, das ähnlich ausgebildet ist wie eine Baggerkette, und das Becherwerk bringt sie ohne Umladung bis in den Dachreiter des Kesselhauses. Hier kippen die Becher und geben die Kohle an einen Gurt ab, der im Dachreiter des Kesselhauses über den Kohlenstos entlang läuft. Ein verstellbarer Abwurfswagen läßt die Kohle an einer bestimmten Stelle vom Gurt abgleiten und in denjenigen Silo fallen, den man gerade füllen will. Das ganze Kesselhaus enthält zehn solcher Silos; jeder faßt 100 Tonnen. Aus den Silos rutscht die Kohle durch schräge Rohre in die Trichter der automatischen Feuerungen. Diese befördern sie ohne Zutun des Heizers auf den Kof. Das ist der normale Weg der Kohle, und ich wüßte nicht, wie man bei ihm noch mehr Handarbeit sparen könnte. Nun läßt sich aber die Anfuhr mit dem Verbrauch nicht völlig in Einklang bringen. Die kleinen Schwankungen in der Anfuhr von Woche zu Woche schaden noch nichts; sie werden durch die großen Vorräte in den über den Kesseln liegenden Silos ausgeglichen und bedingen daher kein Abweichen von dem normalen Transportweg der Kohle, wie ich ihn eben beschrieben habe. Aber der große Unterschied zwischen unserem Kohlenverbrauch im Sommer und dem im Winter zwingen mich, im Sommer einen Vorrat aufzuspeichern, der im Winter verbraucht wird.

Zu dem Zweck ist ein Schuppen errichtet, der 3000 Tonnen Kohlen faßt. In diesen Schuppen wird die Kohle vom Waggon aus vermittels desselben Becherwerkes befördert, das sie auch in die Silos bringt. Nur gibt das Becherwerk sie jetzt schon im Schuppen ab, und zwar an einen zweiten Gurt, der den ganzen Schuppen bestreicht. Auf diese Weise wird der Schuppen gefüllt, wie Sie sehen, ohne Handarbeit. Soll der in ihm aufgespeicherte Vorrat verbraucht werden, so muß die Kohle allerdings in Kippwagen geschauvelt und in diesen auf fliegenden Schmalspurgleisen zu einem im Kohlenstos befindlichen besonderen Trichter geschoben werden. Die Kohle wird in den Trichter gekippt und wandert jetzt automatisch über das beschriebene Becherwerk und den ersten Gurt in die Silos und von da in die Kesselfeuerungen. Die ganze Handarbeit besteht also in der Beförderung über den kurzen Weg vom Vorratshaus zum Trichter. Diese Handarbeit erstreckt sich aber, wohlverstanden, nur auf den im Sommer für den Winter aufgespeicherten Vorrat, nicht auf die ganze übrige Menge der verbrauchten Kohle. Für das Jahr 1910 habe ich den Kohlenbedarf gerade jetzt veranschlagt. Er beträgt für das Hastedter Werk 15 000 Tonnen. Davon werden etwa 2500 Tonnen in der beschriebenen Weise aufgespeichert und also einmal mit der Hand transportiert werden. Die übrigen 12 500 Tonnen gehen den direkten Weg und werden also, nachdem sie den Waggon verlassen haben, nicht wieder mit der Hand angefaßt. Hätte ich auch den Transport vom Vorratsraum zum Trichter automatisch einrichten wollen, so hätte ich dafür weitere sehr teure Einrichtungen treffen müssen. Die würden sich aber wegen der geringen mit ihnen zu befördernden Mengen nicht rentieren haben.

Herr Pieck sagt, eine solche teure Kohlenförderungsanlage hätte keinen Zweck, weil wir über kurz oder lang doch mit Wasserkraft arbeiten, wenn das Wehr fertig ist. Ich war vor vier Tagen mit meinem Kollegen in München zusammen. München hat vor ein oder zwei Jahren ein großes Wasserkraftelektrizitätswerk bei Moosburg an der Isar gebaut. Es soll die Dampfwerke unterstützen und Kohlen sparen. Aber es versagt, ebenso wie unser zukünftiges Weserwerk, bei ungünstigen Wasserhältnissen, und verlangt also eine volle Reserve an Dampfkraft, alles genau wie bei uns. Die Dampfwerke in München sind schon älteren Datums und haben keine automatischen Kohlenförderungen. Mein Kollege bedauert das sehr und schilderte mir die daraus entstehenden Schwierigkeiten. Das Eis kommt plötzlich in Bewegung; der Rechen verstopft sich; man kämpft dagegen mit aller Macht an und hofft, die Turbinenanlage in Betrieb halten zu können. Plötzlich geht es nicht mehr; dann heißt es schnelligst als Eriaz Dampf in gewaltigen Mengen zu liefern; aber woher soll man mit einem Male die Kohlentrimmer und die Heizer nehmen? Das ist dann eine heikle Lage, und mein Münchener Kollege denkt

stark daran, noch nachträglich in sein Dampfwerk eine Kohlenförderungsanlage nach Bremer Muster einzubauen.

Nebenbei bemerkt, hat das Elektrizitätswerk München genau dieselbe Kesselart wie wir in Hastedt, dieselbe Größe und für denselben Druck, geliefert von Maffei; sie bewähren sich ausgezeichnet.

Dann ist noch eine Bemerkung von Herrn Pieck gemacht über Bauen und Abreißen in Hastedt. Ich zitiere:

Ferner soll auf dem Werke in Hastedt das Bauen und Abreißen an der Tagesordnung sein, so daß die Techniker und Monteure von vornherein mit der Möglichkeit rechnen, daß ihre Arbeit nicht niet- und nagelfest zu sein braucht, da sie doch wieder abgerissen wird.

Es tut mir leid, daß Herr Pieck nicht gesagt hat, was er damit meint. Ich habe mir den Kopf darüber zerbrochen, was er damit meinen könnte, und ich habe ein paar Kleinigkeiten gefunden. Bei jedem großen Neubau kommt es vor, daß ein paar Sachen geliefert werden, die nicht so sind, wie sie sein sollen. Die sind zurückgewiesen worden. Es versteht sich von selbst, daß sie nicht bezahlt sind, und daß auch das Abreißen auf Kosten des Lieferanten geschehen ist. Es waren dies ein paar Pumpen, die nicht die Bedingungen erfüllten, auch zwei große Motore, die nicht genügten. Ferner ist das Pumpenhaus nicht so ausgeführt, wie es sollte. Wir haben einen Wassereinbruch durch die Sohle gehabt, und die Firma wurde aufgefordert, die Sohle zu verstärken. Dabei mußten auch einige kleine Rohre und Leitungen umgelegt werden. Daß solche Kleinigkeiten vorkommen können, versteht sich von selbst. Eine kleine, winzige Pumpe habe ich einmal gekauft, die sich für den gedachten Zweck nicht bewährt hat; sie wird anderwärts verwertet werden, und ich habe eine andere gekauft. Im übrigen aber habe ich an Dingen, die auf Staatskosten geändert sind und irgend welche wesentliche Bedeutung haben, nichts ausfindig machen können, worauf sich jene Bemerkung mit Recht anwenden ließe.

Eine persönliche Bemerkung ist mir aufgefallen. Herr Pieck hat gesagt, ich sei ein herrschsüchtiger, despotischer Herr. (Heiterkeit.) Leider ist nicht gesagt, auf welchen Fall sich das bezieht. Daß in einem großen, verantwortlichen Betriebe unter Umständen schneidig vorgegangen werden muß, das werden Sie anerkennen. (Oho! bei den Sozialdemokraten. Bravo! rechts.) Denn unser Werk ist nicht zu vergleichen mit einer anderen Fabrik, die Waren produziert, und bei der eine Betriebsstörung nur eine Ueberschreitung einiger Liefertermine zur Folge hat. Sondern ein Elektrizitätswerk muß in jeder Sekunde den Strom liefern, der verlangt wird. Eine teilweise Lieferung ist im allgemeinen nach der Natur der Anlage ausgeschlossen. Wir müssen alles liefern oder garnichts. Fehlt nur

am Ganzen einmal auch nur eine Kleinigkeit, so sitzen wir in kurzer Zeit mit einem ganzen Zweige des Betriebes, zum Beispiel mit dem gesamten Lichtstrom, völlig auf dem Trocknen. Aus diesem Grunde verlangt unser Betrieb vielleicht mehr als irgend ein anderer, daß jeder Angestellte und Arbeiter stets voll auf dem Posten ist und seine Pflicht und Schuldigkeit tut, und wir können nicht Leute in eine Stelle hineinschieben, für die sie nicht qualifiziert sind. Dazu kommt, daß das Elektrizitätswerk ein lebensgefährlicher Betrieb ist. Die Berührung unserer Hochspannungseinrichtungen wirkt mit fast absoluter Sicherheit tödlich. Selbstverständlich sind die Hochspannungsräume abgeschlossen. Ich habe die Sicherheitsvorrichtungen getroffen, die der heutige Stand der Technik bietet. Die Anlagen sind von erstklassigen Firmen ausgeführt. Aber trotz allem bleiben sie ein Ding, mit dem man vorsichtig umgehen muß. Ich komme selten aus meiner Ruhe heraus; aber ich erinnere mich eines Falles, wo ich jemand so gegenüber getreten bin, daß vielleicht von Leuten, die nicht in die Sache hineinschauen können, auf diesen Fall das Schlagwort „despotisch“ angewendet werden könnte. (Zuruf des Herrn Henke: Na also! — Heiterkeit.) Sie werden gleich hören! Mit Bezug auf diese Hochspannungsräume habe ich die strenge Vorschrift gegeben, daß eine Person niemals allein, sondern nur in Begleitung einer zweiten in einen solchen Raum hineingehen soll. Ich selbst gehe nicht allein hinein, sondern rufe mir stets einen Mann hinzu. Mein früherer Assistent ist jetzt in Triberg im Schwarzwalde angestellt. Der erzählte mir vor einigen Monaten, daß man bei ihm einen Monteur in einem Hochspannungsraum gefunden habe mit ausgebranntem Brustkorb; von Herz und Lunge war nichts mehr da. Der Mann war alleine in dem Raum gewesen, ein Zeuge ist also nicht vorhanden, man weiß nicht einmal genau, wie der Unglücksfall zustande gekommen ist. Einen solchen Fall möchte ich nicht erleben. Daher meine strenge Vorschrift. Der zweite Mann soll übrigens nicht nur Zeuge sein, sondern auch helfen, einem Unfall vorzubeugen. Die meisten derartigen Unfälle kommen daher, daß der Verunglückte die Gefahr zu gut kennt, sich zu sehr an sie gewöhnt hat. Er weiß sehr genau, daß er da und dort nicht anrühren darf. Aber er vergißt sich auf einen Augenblick. In solchen Fällen soll der zweite Mann warnen. Im schlimmsten Falle soll er sofort Hilfe bringen oder doch Hilfe holen. Eines Tages erfuhr ich nun zufällig, daß ein Arbeiter, entgegen meiner Vorschrift, doch allein in den Hochspannungsraum gegangen war. Ich fragte ihn, ob der ihm vorgegebene Schaltmeister das nicht gewußt und bemerkt habe. Der Schaltmeister hatte es selbst gesehen, war aber nicht mitgegangen und hatte auch keinen anderen mitgeschickt. Das mußte er mir zugeben. Da habe ich dem Schaltmeister eine Szene gemacht und ihm gesagt, wer noch ein einziges Mal die Vorschrift vernachlässigt, ganz egal, ob es ein Schalt-

meister oder ein anderer Beamter oder ein Arbeiter ist, der fliegt a tempo heraus. Das ist der einzige Fall, wo ich mich erinnere, aus meiner Ruhe herausgekommen zu sein. Es handelte sich eben auch nicht um Kinder spiel, sondern um Menschenleben. Der Gemahregelte war übrigens kein Arbeiter, sondern ein Beamter.

Ich bin gern bereit, wenn Fragen gestellt werden, auch noch weitere Auskünfte zu geben. Ich glaube aber, auf sämtliche Punkte eingegangen zu sein. (Bravo!)

Herr Direktor Schütte: Herr Präsident, meine geehrten Herren! Auf mich ist ebenfalls ein Angriff gerichtet worden in der letzten Sitzung, auf den ich zu erwidern jetzt Veranlassung nehme. Solange ich Direktor der Gasanstalt bin, habe ich mich immer bestrebt, mit den Arbeitern in gutem Einvernehmen zu sein. Und ich kann behaupten, daß dieses mir bisher immer sehr gut gelungen ist und ernste Differenzen mit den Arbeitern sich nie ergeben haben. Die Arbeiter werden auch anerkennen müssen, daß ich für ihre Wünsche, die sie mir vorgetragen haben, immer ein offenes Ohr gehabt habe. Das wird auch dadurch bewiesen, daß ich gestattet habe, daß die Arbeiter fünf Minuten vor der Arbeitszeit die Waschräume betreten können, damit sie bei Ablauf der Arbeitszeit die Anstalt verlassen können. Dann bin ich gebeten worden, für Arbeiter, die beim Kohlenabladen beschäftigt sind, diese Zeit auf zehn Minuten zu erhöhen. Auch dieses habe ich getan. Nun ist jedermann, der mit Arbeitern zu tun hat, bekannt, daß nicht immer ein derartiges Entgegenkommen auch von diesen in der richtigen Form aufgenommen wird. Leider wird dieses Entgegenkommen oft als Schwäche gedeutet und ausgenutzt. Ich habe so häufiger 20 Minuten vor 6 und fünf Minuten nach $\frac{1}{2}$ 6 schon Leute im Waschraum gefunden. Ich habe den Leuten nichts getan. Aber ich habe gesagt, wenn wieder solches vorkommt, daß ich sie dann entlassen würde. Ich habe das aber nicht sogleich getan, sondern diese Verwarnung zweimal ergehen lassen. Dann treffe ich eines Tages 20 Minuten vor 12 Uhr diese berühmten drei Leute, — es ist $1\frac{1}{2}$ Jahre her — und zwar hatten sie sich bereits gewaschen, als ich kam; sie mußten also schon zehn Minuten vorher dort gewesen sein und mußten ihre Arbeitsstätte schon eine halbe Stunde vor Schluß der Arbeitszeit verlassen haben. Die Leute hatten eine schmutzige Arbeit, das gebe ich zu, und weil sie dies hatten, sind sie vorstellig geworden, ob ich ihnen hierfür nicht eine Lohnzulage bewilligen wolle. Das habe ich auch getan. Mit demselben Rechte konnte ich aber auch beanspruchen, daß sie zu mir kamen und fragten: Gestatten Sie, daß wir uns zehn Minuten früher waschen?

Ich bin ebensovienig wie Direktor Süchting despotisch veranlagt. Aber ich habe mich gezwungen gesehen, die Arbeiter ordnungsmäßig zu kündigen. Sie haben ihren Kündigungsschein bekommen und sind nach

14 Tagen entlassen worden. Wenn die Leute persönlich zu mir gekommen wären, dann hätte ich vielleicht die Kündigung noch zurückgenommen. Aber da sie das nicht getan haben, so bedauerte ich, daß sie entfernt werden mußten. (Bravo!)

Präsident: Herr Junge hat seinen Antrag abgeändert. Der Antrag lautet jetzt:

In Erwägung, daß der Jahresbericht der Deputation der Erleuchtungs- und Wasserwerke für 1907 sehr erfreuliche finanzielle Ueberschüsse nachweist, hält es die Bürgerschaft nunmehr für gerechtfertigt, den Gaspreis auf 12 S pro cbm herabzusetzen. Sie ersucht den Senat, die benannte Deputation mit einem Bericht hierüber zu beauftragen, wie und ob es sich ermöglichen läßt, schon jetzt den Preis auf 12 S herabzusetzen.

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Bruns: Herr Präsident! Meine Herren! Ich glaube, nach den Ausführungen des Herrn Senatskommissars und insbesondere des Herrn Direktors Süchting über das Elektrizitätswerk, über den Ausbau und die Betriebsführung und die Selbstkostenpreise, nicht nötig zu haben, noch irgend ein Wort darüber zu verlieren. Wohl noch nie ist die Seite des Hauses so abgeführt worden wie heute, besonders wenn man bedenkt, wie in der vorigen Sitzung der erste Führer der Herren, Herr Henke, hier so von Moral und Unmoral gesprochen hat (Zurufe von links) und bei den Uebertreibungen, die Herr Pief sich in der vorigen Sitzung geleistet hat. Doch heute ist es Herrn Pief großartig an die Kieren gegangen, das freut mich besonders. (Herr Rhein: Sie kriegen vom Senat eine Backpfeife und verlangen eine zweite!) (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, was der Zwischenruf hier jetzt soll und will mich nur an die Sache halten. Es kommt noch eine Frage in Betracht, über die ich Auskunft haben möchte. Herr Direktor Süchting hat über die Herstellung der Dampfkessel und die Betriebsabnahme gesprochen, aber er hat nicht darauf geantwortet, ob die Leistungsfähigkeit dieser Kessel bezüglich der Verdampfung festgestellt ist. Das ist der Angriffspunkt des Herrn Pief, darüber hat sich Herr Pief so sachkundig geäußert als gelernter Tischler, natürlich was ihm zugetragen ist. Wenn die Auskunft bezüglich der Verdampfung entsprechend ausfällt, bin ich zufrieden.

Dann, Herr Präsident, meine Herren, möchte ich noch auf etwas anderes aufmerksam machen. Ich fasse die drei Werke Elektrizitätswerk, Gaswerk und Wasserwerk als ein einheitliches Unternehmen auf und meine, es müßte bei den drei Werken auch eine gleichwertige Amortisation und Verzinsung stattfinden. Das ist aber nicht der Fall. Bei dem Gaswerk wird amortisiert mit 3 Prozent, beim Wasserwerk — das hat einen besonderen Vorzug — mit $1\frac{1}{2}$ Prozent, die Amortisation beim Elektrizitätswerk beträgt bei den Gebäuden 1 Prozent, bei den Kesseln und Rohrleitungen 10 Prozent, bei den

Maschinen und Apparaten 5 Prozent, beim Leitungsnetz 4 Prozent usw. Nun kommt die Verzinsung. Die beträgt beim Elektrizitätswerk und beim Gaswerk 4, beim Wasserwerk 5 Prozent. Das Interessante aber ist, daß das Verwaltungsgebäude beim Gaswerk mit 3, beim Elektrizitätswerk die Gebäude mit 1 Prozent amortisiert werden. Ist denn das Verwaltungsgebäude beim Gaswerk mehr dem Vergang ausgesetzt als die Baulichkeiten für Maschinen beim Elektrizitätswerk?

Senatskommissar Herr Senator Dr. Kirchhoff: Gestatten Sie, daß ich zunächst auf die Amortisation und Verzinsung eingehe. Herr Bruns hat übersehen, daß die Werke doch nicht ganz gleichgestellt sind. Wir haben bei dem Wasserwerk ein Werk, das nur die Selbstkosten herausbringen soll, das durch die Wassersteuer und das Wassergeld höchstens soviel ziehen soll, daß die Selbstkosten gedeckt werden. Dagegen wollen wir durch das Elektrizitäts- und das Gaswerk verdienen. Im Gesetz vom 2. Juli 1902 lautet es im § 2:

Die Kosten des Wasserwerks, insbesondere die jährliche Verzinsung des Anlage- und Betriebskapitals mit 5 Prozent, die auf $1\frac{1}{2}$ Prozent des Anlagekapitals festgesetzte jährliche Amortisation und die Betriebskosten werden gedeckt durch ein vom Staat für dessen Bedarf zu zahlendes Aversum, durch den Ertrag des Wassergeldes für Privatleitungen und durch eine Steuer unter dem Namen Wassersteuer, welche so hoch bemessen wird, daß der Ertrag den nach Veranschlagung des Aversums und der Wassergelder verbleibenden Rest begleicht.

Es ist bezüglich des Wasserwerkes also eine außerordentlich geringe Amortisation von $1\frac{1}{2}$ Prozent gesetzlich festgelegt, von der wir nicht abgehen können, und es ist in Erwägung zu ziehen, ob nicht die geringe Amortisationsquote erhöht werden mußte. Etwas ausgeglichen wird sie durch die Verzinsung mit 5 Prozent, die höher ist als bei den übrigen Werken. Bei diesen ist die Verzinsung gleichmäßig 4 Prozent, betreffs der Amortisation gelten aber verschiedene Grundsätze. Darin hat Herr Bruns recht. Es rechtfertigt sich aber, daß Gebäude anders abgeschrieben werden als Maschinen, und daß bei solchen mehr abgeschrieben wird, die besonders dem Verschleiß ausgesetzt sind, als bei anderen.

Herr Direktor Süchting: Herr Präsident! Meine Herren! Es ist eine Frage bezüglich der Leistung der Kessel von 4000 kg Dampf pro Stunde gestellt. Ich kann darüber Aufklärung geben und in Verbindung damit sogleich auch über die Ueberhitzer. Die Kessel leisten die garantierten 4000 kg. Zu jedem Kessel gehört ein Ueberhitzer, der den satten Dampf überhizen soll. Die Lieferungsbedingungen verlangen eine bestimmte Ueberhizertemperatur. Das Uebliche ist nun, daß die garantierte Ueberhizung bei voller Beanspruchung der Kessel erreicht wird, daß sie aber bei geringerer Beanspruchung des Kessels sinkt. Ich möchte aber gern den Ueberhitzer so regulieren können, daß

die Temperatur bei jeder beliebigen Belastung den günstigsten Wert hat. Daß Eggestorff das leisten wollte, ging aus den Angebotszeichnungen hervor, in denen eine Regulierklappe angegeben war. Die Konstruktion bewährte sich aber nicht, die Klappe verbrannte. Es wurde eine zweite Klappe konstruiert — sie verbrannte ebenfalls. Es wurde zum drittenmal — selbstverständlich immer alles auf Kosten der Lieferantin — an einem Kessel wieder eine andere Klappe angebracht, die jetzt seit einem halben Jahre und scheint sich zu bewähren. Die Einrichtung wird demnächst genau untersucht werden, und wenn sie sich so bewährt, wie zu erwarten ist, wird die Firma Eggestorff auf ihre Kosten alle vier Kessel in dieser Weise umändern. Dann haben wir etwas erreicht, was bisher in der Kesseltechnik noch nicht erzielt worden ist; es gibt noch keine Kessel, deren Ueberhitzer so reguliert werden können. Das ist nun das, was Herr Pies als Experimentieren bemängelt. Wenn große Werke nicht experimentieren sollen in diesem vornehmsten Sinne des Wortes, wer sollte es dann tun? Solche Versuche würden sich rechtfertigen lassen, auch wenn sie auf unsere Kosten gemacht würden. In diesem Falle aber gehen sie nicht auf unsere Kosten, sondern auf Kosten der Lieferantin.

Herr Böttcher: Ich hatte mich in der vorigen Sitzung zum Worte gemeldet, um nach Möglichkeit die Ansicht des Herrn Pies zu berichtigen. Dies ist inzwischen in vollem Maße, besser als ich es tun könnte, erfolgt, darum verzichte ich.

Herr Junge: Herr Präsident! Meine Herren! Ich habe schon in der vorigen Sitzung eine Rechnung aufgestellt, daß im vergangenen Jahre schon ein kolossaler Ueberschuß gemacht worden ist. Ich möchte meine Ausführungen noch in einigen Punkten ergänzen. Ich hatte erwähnt, daß es sich bei Ermäßigung des Einheitspreises nur um eine Mindereinnahme von 147 118.61 M. handeln würde, ich habe aber vergessen, noch zu erwähnen, daß nach dem Bericht vom 6. Oktober in den ersten sechs Monaten dieses Jahres der Konsum schon wiederum weitere 879 180 cbm gleich 7,38 Prozent gestiegen ist und es wird gesagt: „eine gleiche Steigerung ist aller Voraussicht nach auch in der zweiten Jahreshälfte zu erwarten“, und wenn erst die Vertikalöfen hergestellt sind, wird sich die Zunahme noch mehr steigern. Im vorigen Jahre betrug die Zunahme 13,92 Prozent. Danach können wir also auch für dieses Jahr wieder einen solchen enormen Ueberschuß bestimmt erwarten. Es könnte also sehr wohl eine Ermäßigung des Gaspreises eintreten. Der Herr Senatskommissar hat gesagt, daß er dem Antrage wohlwollend gegenüberstehe, aber könnte ihn doch nicht empfehlen. Er sagte, es könnte der Herstellungspreis höher werden. Ich glaube nicht, daß die Gefahr besteht. Der Herstellungspreis betrug 1903 10.36, 1904 8.49, 1905 8.11, 1906 8.02 und 1907 7.83 M. Sie sehen daraus, daß er immer gleichmäßig heruntergegangen ist, und das noch

bei den mangelhaften Defen. Wir können voraussehen, daß wir bei den besseren Vertikalöfen noch bedeutend bessere Erfolge haben. Wenn der Herr Senatskommissar meint, wir hätten 2 300 000 *M.* für Anschaffung von Defen usw. bewilligt, so ist das richtig, aber die Geschäftsleitung rechnet doch auch eine Verzinsung und Tilgungsgelder, eine Amortisation. Wir haben beim Budget auch gesehen, daß sich der Reinertrag immer mehr gesteigert hat, da dürfen wir mal sagen: Wir wollen mit dem Ertrag von 1906 zufrieden sein. 1906 betrug der Reinertrag 1 668 697 *M.*, er wurde für 1907 veranschlagt auf 1 803 000 *M.*, für 1908 auf 1 954 000 *M.* 1907 sind wir noch über den Anschlag hinausgekommen, das heißt Zinsen und Reinertrag zusammen, wir haben noch 79 560.91 *M.* über gehabt. Da meine ich, könnten wir nach meiner Ueberzeugung ruhig etwas weniger Ueberschuß nehmen. Es ist das eine Sache, die der Allgemeinheit zugute kommt.

Ich habe noch kurz einen anderen Punkt hier zu erwähnen. Vor kurzem ist mir die Nachricht zugegangen, daß Huchting für das cdm 18 *S.* bezahlt. Daß da die Beleuchtung bedeutend mehr Kosten verursacht, glauben wir gern, da die Leitungen über größere Strecken geführt werden müssen. Wenn der Preis aber geringer wäre, würden wir mehr Abnehmer haben und im Geschäft keinen Schaden machen.

Ich möchte Sie bitten, meinen Antrag, wie ich ihn jetzt gestellt habe, anzunehmen. Ich habe ihn abgeändert den Worten nach, dem Sinn nach habe ich es schon früher so verstehen wollen, daß der Senat die Sache in die Wege leiten soll. Es könnte darüber ein Bericht gegeben werden.

Präsident: Was den Preis für Huchting betrifft, so beruht der auf einem Beschluß von Senat und Bürgerschaft.

Herr Direktor Dr. Schütte: Zu den Ausführungen des Herrn Junge möchte ich kurz das Wort nehmen. Zunächst muß ich feststellen, daß die Steigerung in dem Abjaß von Gas nicht in dem Maße angehalten hat, wie ich nach dem Bericht vom Oktober angenommen habe. Es muß deshalb dahingestellt bleiben, ob die Steigerung für das zweite Halbjahr der im ersten Halbjahre entsprechen wird.

Die Gemeinde Huchting ist seinerzeit mit uns in Verhandlungen getreten zwecks Versorgung der Gemeinde mit Gas. Die Gemeinde stand bereits mit einem Unternehmer in Unterhandlung über den Bau einer eigenen Gasanstalt. Falls die Huchtinger eine eigene Gasanstalt gebaut hätten, hätten sie einen Gaspreis von mindestens 24 *S.* zahlen müssen. Wir kamen dann zu einer Verständigung mit Huchting. Ich habe die Sache genau kalkuliert und berechnet, und dabei gefunden, daß wir das Gas dort nicht unter 18 *S.* abgeben könnten. Ich habe deshalb beim Budget den Antrag gestellt, daß Senat und Bürgerschaft einen Preis von 18 *S.* bewilligen möchten und unter dieser

Bedingung der Anschluß der Gemeinde Huchting gestattet werden möchte. Dieser Antrag ist seinerzeit von Senat und Bürgerschaft angenommen worden. Wie lange wir noch an dem Preise festhalten müssen, läßt sich noch nicht sagen. Ich kann feststellen, daß der Gasverbrauch in Huchting im vorigen Jahre noch so gering war, daß wir mit den 18 *S.* nicht ausgekommen sind. Ich glaube aber, daß in diesem Jahre sich die Anlagen so weit entwickeln werden, daß wir gerade mit den Einnahmen und Ausgaben balanzieren werden. Ich bin auch der Ueberzeugung, daß im Laufe der Zeit die Entwicklung weiter fortschreiten wird, so daß wir den Gaspreis ermäßigen können, vor der Hand halte ich das aber bei allem Entgegenkommen gegen die Gemeinde Huchting nicht für möglich.

Herr Pieck: Herr Präsident! Meine Herren! Herr Senator Kirchhoff hat als Entschuldigung dafür, daß er als Senatskommissar in voriger Sitzung bei der Verhandlung über die Jahresberichte nicht zugegen gewesen ist, dies damit begründet, daß bisher die Jahresberichte der Erleuchtungs- und Wasserwerke die Bürgerschaft ohne besondere Diskussion passiert haben. Dieser Umstand kann aber für uns als Bürgerchaftsmitglieder doch keine Veranlassung sein, nun auch in Zukunft von der Vorbringung unserer Wünsche und Beschwerden, die naturgemäß bei Erstattung des Jahresberichts vorgebracht werden müssen, Abstand zu nehmen. Die Deputation wie der Herr Senatskommissar müssen deshalb erwarten, daß bei jedem Jahresbericht solche Anträge, Wünsche und Anfragen vorgebracht werden. Deshalb sollte man nicht die Gepflogenheit des Nichterscheinens hoch halten, sondern in Zukunft zugleich mit den technischen Leitern erscheinen, damit Beschwerden, wie ich sie vorgebracht habe, in derselben Sitzung erledigt werden können. (Heiterkeit.) Ich betone auch, daß ich mich nicht für verpflichtet fühle, alles, was ich vorzutragen gedenke, vorher der Behörde zur Kenntnis zu bringen, damit sie darauf vorbereitet sei. So angenehm das für die Behörde wäre und auch für uns, indem wir gleich die Antwort darauf erhielten, so fehlt es uns doch dazu häufig an Zeit. Meistens kommen, nachdem am Sonntag veröffentlicht wird, daß der betreffende Gegenstand auf die nächste Tagesordnung gesetzt ist, erst am Montag oder noch später Personen mit diesen oder jenen Wünschen und Beschwerden an uns heran und da müssen wir, um diese hier vorzutragen, die Gelegenheit beim Schopfe nehmen. Es ist uns also nicht immer die Möglichkeit gegeben, die Behörden drei oder vier Tage vorher davon zu unterrichten. So auch im vorliegenden Falle. Andererseits kann ich auch nicht zustimmen, wenn Herr Senator Kirchhoff darauf hinweist, daß die Jahresberichte meist nur rechnerische Unterlagen böten, wie der Abschluß des Geschäfts gewesen ist, und demzufolge dieser nur zur Kenntnis zu nehmen ist, sondern daß auch noch andere Dinge dazu gehören, die eng mit der Betriebs-

leitung der Werke verbunden sind und die bei Erstattung des Berichts hier zur Sprache gebracht werden müssen. Wenn Herr Senator Kirchhoff sagt, daß meine Ausführungen geeignet seien, das Ansehen der Deputation in den Augen der Arbeiter herabzusetzen, so muß ich darauf bemerken: Wenn das Verhalten der Deputation derartig ist, daß sie dadurch in den Augen der Arbeiter herabgesetzt wird, so verdient dieses Verhalten auch hier zur Sprache gebracht zu werden. Und ich meine, ich habe wohl Anlaß genug, der Deputation einen Vorwurf daraus zu machen, daß sie betreffs der Kontrollierung der technischen Leiter über die Behandlung und Entlassung von Arbeitern ihre Pflicht vernachlässigt hat. Darüber sind mir Beschwerden genügend zur Kenntnis gekommen. Und wie ist es, wenn ein Arbeiter Beschwerde erhebt? Dann wird der Direktor darüber befragt, er gibt natürlich Gründe für sein Verhalten an. Der Arbeiter wird aber nicht von der Deputation gehört, ergo bleibt es bei dem, was der Direktor bestimmt hat. Das ist meist der Gang bei Arbeiterbeschwerden. (Herr Henke: Sehr richtig!) Wenn durch diese Erörterungen das Ansehen der Deputation und der Betriebsleiter herabgesetzt wird, so ist das nicht unsere Schuld. Würden Sie uns Gelegenheit geben, in den Deputationen unsere Beschwerden vorzubringen, wäre es ja anders, aber Sie wählen uns ja in keine Deputation hinein. (Hört! hört!) Dann brauchte auch manches hier nicht zur Sprache gebracht zu werden. Glauben Sie denn, daß wir Lust haben, hinter den Deputationsmitgliedern herzulauern, um Auskunft über dies oder jenes zu erhalten? Und selbst wenn wir es tun, dann wittern die meisten Mitglieder hinter der Anfrage besondere Absichten, und dann sind sie sehr verschwiegen. (Herr Rhein: Oder sie wissen es selbst nicht!) Das ist der Grund, warum wir unsere Zuflucht in das Plenum nehmen müssen. Die Schuld, daß solche Erörterungen hier stattfinden müssen, trifft also Sie.

Daß der Antrag der Staatsarbeiter abgelehnt ist, weil er, wie Herr Senator Kirchhoff erklärt, nicht von kompetenter Stelle eingereicht ist, ist durchaus verfehlt. In einem Zeitalter, wo Unternehmer- und die Arbeiterorganisationen sich gegenseitig anerkennen und zur Schaffung von Tarifen miteinander verhandeln, da sollte doch der Staat nicht sagen: Wir erkennen keine Arbeiterorganisation an, wir verhandeln nur mit unseren Arbeitern. Die Sache liegt doch auch nicht so, wie Herr Senator annimmt, sondern die große Mehrheit der Staatsarbeiter sind organisiert, und insofern konnte auch der Verbandsvorstand für sich das Recht in Anspruch nehmen, daß mit ihm als der Vertretung der Staatsarbeiter verhandelt wird. Wenn eine kleine Gruppe von Arbeitern noch nicht organisiert ist, so bin ich der Ueberzeugung, daß auch dieses in kurzer Zeit geschieht, und die Arbeiter werden dann den Staat zwingen, ihren Vorstand anzuerkennen.

Herr Senator Kirchhoff hat gesagt, daß der Antrag betreffend die Verkürzung der Arbeitszeit der Schaltwärter, der von mir eingereicht ist, wegen seiner Form nicht angebracht sei, auch hat er davor gewarnt, den Antrag anzunehmen, und zwar, weil bisher in bremischen Staatsbetrieben das Prinzip herrschte: Zehnstundenschicht und Stundenlohn. Aber das ist doch kein Hindernis für die Bürgerschaft, mit diesem Prinzip zu brechen, und deshalb stellen wir ja gerade solche Anträge. In Holland und in England ist mit einem solchen Prinzip längst gebrochen, und wir brauchen doch schließlich in Bremen bei allen Fortschritten nicht immer hinterher zu hinken. Herr Senator Kirchhoff hat ja auch bestätigt, daß bei uns schon einzelne Betriebe vorhanden sind, in denen die Achtsundenschicht durchgeführt ist. Was kann uns dann hindern, auch in anderen Betrieben solche Schichten einzuführen, und den Antrag anzunehmen, damit die Arbeiter in den Genuß einer kürzeren Arbeitszeit kommen; besonders wenn der Betrieb in keiner Weise davon beeinflusst wird? Die Sache liegt doch in dem von mir bezeichneten Betriebe so, daß bei der Zehnstundenschicht der Arbeiter zwei Stunden ganz überflüssig beschäftigt wird. Der Tag hat 24 Stunden, drei Schichten à zehn Stunden gibt 30 Stunden, drei Arbeiter werden also jezt pro Tag je zwei Stunden überflüssig beschäftigt. Dann meint Herr Senator Kirchhoff, daß die Arbeiter die höhere Vergütung für die Sonntagsarbeit nicht missen wollen. Ferner, daß die Schaltwärter nicht berechtigt seien, die Forderung auf Schichtverkürzung zu stellen, weil sie keine anstrengende Tätigkeit hätten. Aber Herr Direktor Süchting hat doch vor wenigen Augenblicken von der großen Verantwortlichkeit der Schaltwärter gesprochen; sie haben richtig einzuschalten, damit keine Kalamitäten entstehen. Die Leute haben also ihren Dienst mit der größten Aufmerksamkeit zu verrichten. Es kommt doch auch nicht allein auf die physische, rein körperliche Arbeit an, sondern auch auf die geistige Arbeit. Und da kann man wohl behaupten, daß diese Arbeiter wohl ein Recht haben, Achtsundenschichten zu verlangen. Und was den höheren Stundenlohn für Sonntagsarbeit anlangt, so glaube ich, daß kein Arbeiter unterstügen wird, was Herr Senator Kirchhoff gesagt hat. Die Arbeiter verzichten gern auf die paar Pfennig mehr, wenn ihnen eine wirkliche Sonntagsruhe gewährt wird. Sie verlangen doch eine ununterbrochene Ruhezeit von 36 Stunden, wie sie auch in Privatbetrieben gewährt wird. Bei dem jetzigen Dienstplan, wo die Arbeiter Sonntag morgens um sechs aus dem Dienst kommen, kann man nicht sagen, daß sie von dem Sonntag noch etwas haben, sie schlafen bis zwei oder drei Uhr und haben dann höchstens noch einige Stunden. Die Arbeiter würden gern auf den Ueberstundenlohn verzichten, wenn ihnen ein ausreichender Wochenlohn garantiert würde. Nur daran, daß es an diesem fehlt, liegt es, daß sie Ueber-

stunden machen wollen. Das ist aber kein idealer Zustand und das sollte uns besonders bei den Ueberprüfungen, die erzielt werden, veranlassen, die von mir beantragten Verbesserungen zu beschließen. Was die Behandlung der Arbeiter anbetrifft, so habe ich schon ausgeführt, daß bei der Behandlung von Beschwerden den Direktoren das größte Vorrecht eingeräumt wird. Der Herr Senatskommissar hat auch gesagt, daß die Direktoren fast immer das Richtige getroffen hätten. Ich bin dagegen der Ueberzeugung, daß sie immer das Unrichtige getroffen haben. Sie gehen von der Anschauung aus, daß bei den Arbeitern das Ehrgefühl minder ausgebildet sei als in anderen Gesellschaftskreisen. Die Arbeiter haben jedoch ein ebenso ausgeprägtes Ehrgefühl und können es nicht vertragen, wenn sie in brüster Weise, im Unteroffizierston behandelt werden.

Dann komme ich zu den Ausführungen des Herrn Direktors Süchting bezüglich des Selbstkostenpreises für die Kilowattstunde. Er sagte, es sei jetzt eine Trennung in der Berechnung und zwar nach der Licht- und Kraftversorgung für Private und der öffentlichen Beleuchtung vorgenommen, die früher nicht bestanden habe, und diese Trennung habe eine Steigerung des Selbstkostenpreises für Lichtstrom ergeben. Wenn ich also darin geirrt haben sollte, so trifft aber doch Herrn Direktor Süchting die Schuld. Wenn die Behörde eine solche Aenderung in der Berichterstattung vornimmt, so hätte doch zum mindesten in dem Bericht eine Mitteilung darüber enthalten sein müssen. Die Jahresberichte scheinen überhaupt in jedem Jahre in anderer Form erstattet zu werden. Vor drei Jahren ist der Bericht anders erstattet worden als vor einem Jahre, und in diesem Jahre ist wieder eine Aenderung vorgenommen worden. Da ist es schwer, diese Berichte mit einander zu vergleichen, und ich habe daher das Gefühl, als ob man diese Absicht verfolgt, damit es der Bürgerschaft nicht möglich ist, Vergleiche anzustellen. Ich will nochmals betonen, daß hier den Direktor Süchting die Schuld trifft, der uns nicht in dem Berichte gesagt hat: die Berechnung ist in diesem Jahre in anderer Weise erfolgt. Dann hat er Zahlen angeführt über den Selbstkostenpreis der Kilowattstunden, die das Gegenteil meiner Ausführungen beweisen sollen. Selbstverständlich sind wir Sozialdemokraten genau wie Sie nicht ohne Fehler und Mängel. Nicht allein wir irren uns, auch Sie irren sich. Ich möchte da hinweisen auf den Anfang unserer heutigen Sitzung, wo Herr Achelis zugeben mußte, sich geirrt zu haben. So ist es nicht ausgeschlossen, daß auch ich mich in meinen Ausführungen hier und da geirrt haben kann. Aber wenn Sie sich den Bericht ansehen, dann werden Sie zugeben müssen, daß ich für diese Irrtümer nicht verantwortlich gemacht werden kann. Solche Irrtümer passieren Ihnen viel mehr als uns. Ich könnte Duzende von Beispielen dafür anführen. Dabei verweise ich nochmals darauf,

daß Herr Direktor Süchting es unterlassen hat, uns genügend zu informieren, wie es seine Pflicht gewesen wäre.

Wenn wir ein anderes Ergebnis im Jahresberichte erwartet haben, so ist auch hier die Schuld auf die Deputation zu schieben. Denn ich verweise darauf, welche hohe Erwartungen man mit dem Bau des Elektrizitätswerkes verknüpft hat. Ich verweise darauf, daß Herr Dr. Feldmann in der Sitzung vom 3. Oktober 1906 erklärte, daß nach Erbauung des Hastedter Werkes eine Preisermäßigung des Stromes eintreten werde, also der Selbstkostenpreis heruntergehen würde. Jedenfalls waren die Hoffnungen, die auf das Werk gesetzt worden sind, sehr hohe, und die Sache ist jetzt so, daß der Selbstkostenpreis nicht heruntergegangen ist, sondern daß er um 1 % gestiegen ist. Den Hinweis, daß die erhöhten Löhne die Schuld daran haben sollen, habe ich erwartet. Daß nur die Arbeitslöhne als Grund der Erhöhung des Selbstkostenpreises angegeben werden —

Präsident: Herr Pieck, ich muß Sie darauf aufmerksam machen, daß Herr Direktor Süchting fünf oder sechs verschiedene Gründe angeführt hat, welche zur Steigerung der Selbstkosten beitragen. Er hat gesagt, daß durch Anstellung von 40 Arbeitern der Arbeitslohn sich um 60 000 M. erhöht hat, durch eine Steigerung des Lohnes um 4 % vor zwei Jahren. Und dann hat Herr Direktor Süchting von den hohen Kohlenpreisen gesprochen, die in den letzten zwei Jahren gestiegen sind. Aber er hat nicht gesagt, daß die Steigerung der Selbstkosten nur in den Arbeitslöhnen zu suchen ist.

Herr Pieck: Ich muß zunächst bestreiten, daß Sie als Präsident das Recht haben, über die Berechtigung oder Nichtberechtigung meiner Annahme sich zu äußern. (Unruhe, Zwischenrufe.) Wenn Sie das wünschen, dann müssen Sie sich zum Worte melden und das Präsidium an den Vizepräsidenten abgeben.

Präsident: Nach unserer Geschäftsordnung steht mir das Recht zu, jeden Redner, wenn er vom Gegenstande abweicht, zu unterbrechen, oder ihm eine gelegentliche Berichtigung zu geben. Als solche fasse ich das auf.

Herr Pieck: Ich fasse das so auf, Herr Präsident, daß in keiner Weise nachgewiesen ist, ob der Direktor Süchting nicht doch noch etwas verschwiegen hat, was auch zur Erhöhung der Selbstkosten beigetragen hat. Auch Sie, Herr Präsident, werden darüber keine bestimmte Erklärung abgeben können, so daß Sie nichts berichtigen können. Von den Kesseln ist gesagt worden, daß diese von einer ausgezeichneten Firma geliefert worden sind. Bestritten ist aber nicht, daß diese fortgesetzt lecken und fortgesetzt in Reparatur sind. Sodann ist mir mitgeteilt, daß bei der Anlage der Kessel ein Streit mit dieser Firma darüber entstanden ist, daß die Firma, weil die Kessel lecken und nicht hielten, was sie halten sollten, zu einer Konventionalstrafe heran-

gezogen werden sollte. Aber die Firma hat das abgelehnt, weil sie hervorhob, daß die Kessel zu früh angewärmt worden sind. Die Firma hat sich darauf berufen, daß die Mängel in diesen Ursachen zu suchen sind. Es ist dann entgegen meiner Behauptung gesagt, die Reparaturen seien nicht von bremischen Arbeitern gemacht worden. Ich muß mich auf meine Vertrauensmänner verlassen. (Zuruf: Ist wohl auch einer danach!) Ich muß meinen Vertrauensleuten genau soviel Vertrauen schenken, als von Ihrer Seite von mir verlangt wird. Ich kenne die Leute und sie sind mir vollkommen vertrauenswürdig. Meine Herren! Ich habe doch keine Veranlassung, solche Behauptungen aufzustellen, wenn mir die Unterlagen dafür nicht von gut unterrichteter Seite übermittelt werden. Es ist mir also mitgeteilt, daß bremische Staatsarbeiter an der Reparatur der Kessel beschäftigt werden, und daraus haben meine Vertrauensleute den naheliegenden Schluß gezogen, daß die Kessel abgenommen sind. Wenn das nicht der Fall ist, so ändert das etwas die Sache, aber dann wunderte es mich, daß Staatsarbeiter bei den Reparaturen beschäftigt werden. Ich bitte also darüber um Aufklärung.

Bezüglich der Anschaffung der 2400 Kilowatt leistenden Maschine und der 1200 Kilowatt leistenden Kessel genügt mir die Erklärung, die dafür abgegeben worden ist. Ich habe auch daraufhin keine Anlage begründet, sondern nur angefragt, ob sie nicht vollständig ausgenutzt oder ob die Kessel überheizt werden sollen. — Dann die Leistungsfähigkeit der Maschinen. Mir ist mitgeteilt, daß zwar Probeleistungen gemacht worden sind, daß aber diese nicht geglückt seien und daß die Maschinen nicht gehalten haben, was sie leisten sollten. Nach den mir gewordenen Mitteilungen können die Turbinen nicht voll ausgenutzt werden, ferner sollen die Kessel zu schwach sein, so daß man, anstatt wie früher bestimmt zwei Kessel, heute drei Kessel zu einer Turbine braucht, um diese in Gang zu setzen. — Dann meine Behauptung, daß das Werk eventuell nicht imstande sei, den nötigen Strom zu liefern. Ich habe dabei auf den Vorfall vom Wettrennen Bezug genommen, und da wird doch vom Herrn Direktor der Straßenbahngesellschaft die Schuld in die Schuhe geschoben, weil der Mangel darin bestand, daß die Zuleitung vom Schaltbrett zum Kabel zu schwach gewesen ist. Aber Ende September, ich glaube, am 22. oder 23. September, soll ein Tag gewesen sein, wo mir mit knapper Not der Strom bis zur letzten Stunde geliefert werden konnte, so daß gleich nach Schluß der Hauptkonsumzeit den übrigen Stromabnehmern, ausschließlich der Wehranlage, der Strom versagt werden mußte. Das Werk war an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit angelangt. — Betreffs der Kohlenablieferungsanlage möchte ich zunächst anfragen, ob beide Kohlenablagerungsstätten so dicht nebeneinander liegen, wie auf der Skizze angegeben ist. Herr Senator Kirchhoff nicht; dann nehme ich an, daß das der Fall ist. Ich habe bislang nicht Gelegenheit gehabt, die

Anlage in natura zu sehen und habe angenommen, daß die Trichter und Kohlenstapeln weiter auseinander liegen. Ich habe es deshalb angenommen, weil in einem früheren Bericht gesagt wird, daß die Kohlen mit Karren nach dem Trichter hingefahren werden. Wir rechnen doch aber damit, daß in Zukunft die Dampfmaschine nur an 60 Tagen im Jahr benutzt werden soll und daß an den übrigen Tagen des Jahres die Wehranlage benutzt wird. An 60 Tagen kann sie wegen des Eisganges oder wegen niedrigen Wasserstandes nicht benutzt werden. An einer anderen Stelle dieses Berichts ist ausgeführt, daß der Kohlenstapeln 3000 Tonnen, also für 63 Tage Kohlen aufnehmen kann. Das ist für die Zeit, in der in Zukunft jährlich die Dampfmaschine gebraucht wird. Wenn nun auch heute noch der normale Weg der Kohle so ist, als wie uns soeben der Herr Direktor vordemonstriert hat, so wird sich in Zukunft dieser Weg der Kohle ändern. Die Kohle wird dann nur noch aus dem Stapeln gebraucht werden. Und ob es deswegen nicht richtiger gewesen wäre, die Anlage so einzurichten, daß die Kohle direkt aus dem Stapeln nach den Kesseln gebracht würde, anstatt wie heute erst die Kohlen von den Trichtern nach dem Stapeln, dann per Karren wieder zurück nach dem Trichter und dann erst nach den Kesseln, darüber glaube ich mir als Laie schon ein Urteil erlauben zu dürfen.

Dann bezüglich des Bauens und Abreisens. Herr Direktor Süchting hat einige Fälle angeführt und hat gefragt, ob ich die im Auge gehabt hätte; auf einige Fälle trifft seine Frage zu, aber diesen habe ich noch einige zuzufügen. Die Lichtanlage in Hastedt ist mindestens dreimal angelegt, ferner die Schienenstränge zur Zuleitung und Ableitung des Stromes sind mehrfach geändert worden; ebenfalls sind in der Station Hundestraße bei Anlage des Umformers die Zuleitungs- und Sammelschienen mehrfach geändert worden. Es ist mir mitgeteilt, daß die Erledigung der Bauarbeiten meistens in der Weise vor sich geht, daß sie erst nach der Zeichnung ausgeführt werden. Dann kommt der Herr Direktor, besichtigt die Anlage und dann wird angeordnet, was wieder geändert werden soll. Da ist es doch richtiger, daß er erst die Zeichnung ansähe und dann die Anlage ausführen ließe; damit würde doch eine erhebliche Ersparung eintreten. Es kommt sehr wertvolles Material in Frage, und ebenfalls wird viel Zeit verschwendet. Ich könnte noch einige Fälle nennen, die in die Bauzeit des Werks fallen, aber ich will davon Abstand nehmen.

Dann habe ich von dem Despotismus des Direktors gesprochen, den der Herr Direktor natürlich bestreitet. Selbstverständlich fühlt sich jeder Direktor frei von Schuld. Das despotische und herrschsüchtige Auftreten mag vielleicht in dem Charakter des Direktors liegen, so daß er es selbst nicht merkt. Aber darauf kommt es nicht an, sondern darauf, wie sein Vorgehen von denen aufgefaßt wird, deren Vorgesetzter er ist, und

ich habe meine Ausführungen gemacht auf Grund von Aussagen von Leuten, die unter seiner Leitung stehen. Diese sind zu mir gekommen und haben sich darüber beschwert. Ein schneidiges Vorgehen, wie es zur Hochhaltung eines solchen Betriebes notwendig ist, kann geschehen, ohne die Arbeiter zu verletzen. Selbstverständlich ist es, daß die Betriebsanordnungen in korrekter und bestimmter Weise geschehen, es ist aber keineswegs dabei notwendig, daß dies im Reserveleutnantston geschieht. Die Arbeiter können genau so gut verlangen, daß man ihnen mit Höflichkeit gegenübertritt. Der Herr Direktor hat hier einen Fall angeführt, in dem er glaubt, daß sein Vorgehen als despotisch bezeichnet werden könnte.

Er glaubt aber zu seinem Verhalten berechtigt zu sein, indem er einem Schaltmeister droht, wenn er die Anordnungen des Direktors noch einmal verlege, dann fliege er hinaus. Auch hier muß ich sagen, daß das nicht die rechte Art der Erziehung ist, wenn man sagt: Wenn du nicht parierst, dann fliegst du hinaus. Es wäre besser gewesen, wenn er den Mann darauf hingewiesen hätte, in welche gefährliche Situation er seinen Mitarbeiter durch die Nichtbeachtung der Anordnung bringe. (Zuruf: Machen Sie ja selber so!)

Herr Direktor Schütte bestritt ebenfalls, daß er ein despotisches Benehmen habe. Das habe ich auch nicht behauptet, er ist im Gegenteil recht diplomatisch. Er versteht es in ausgezeichnete Weise, auf die Arbeiter einzureden; und wenn sie seinen Worten nicht glauben, dann meint er, das sei verkanntes Wohlwollen. Jedenfalls trifft es zu, daß er bestrebt ist, in gutem mit den Arbeitern auszukommen. Anders liegt es in dem von mir angeführten Falle, wo er jedenfalls in rigoröser Weise vorgegangen ist. Wenn er Arbeiter, die lange Jahre beschäftigt waren, zufälligerweise dabei betroffen hat, daß sie eine Bestimmung übertreten haben, daß er sie dann ohne weiteres auf das Straßenpflaster setzt, so ist das unerhört. Die Dinge lagen doch so, daß die Arbeiter, die mit sehr schmutziger Arbeit beschäftigt, bestrebt waren, bei Schluß der Arbeitszeit fertig zu sein. Wenn sie mit der Reinigung ihres Körpers schneller fertig wurden, als sie angenommen hatten, so mag das für den Direktor unangenehm gewesen sein, aber die Arbeiter waren doch nur bestrebt gewesen, zusammen mit den übrigen Arbeitern die Arbeitsstelle zu verlassen, und das kann ihnen doch nicht verdacht werden. Dieses Vorgehen des Direktors hat einen tragischen Ausgang genommen, indem der 50-jährige Arbeiter, der acht Jahre auf dem Werke gearbeitet hat, seine Entlassung nicht hat überwinden können und freiwillig aus dem Leben geschieden ist. Als dem Direktor davon Mitteilung zugegangen ist, hat er gesagt, wenn die Arbeiter zu ihm gekommen wären, hätte er sich vielleicht noch besonnen. Aber er muß doch zugeben, daß der Arbeiterausschuß sich dreimal in dieser Sache bei ihm bemüht hatte. Er ist aber immer wieder vom Direktor abgewiesen worden. Da

war Gelegenheit, den Schritt rückgängig zu machen, das hat er aber nicht getan. Im andern Falle kann er doch auch nicht erwarten, daß der Arbeiter kniefällig darum bitten soll, ihn zu behalten. Die Willigkeit, die Arbeiter nicht zu entlassen, wäre gegeben gewesen, denn zwei Arbeiter sind später wieder angestellt worden (Zuruf: Na also!), nur mit dem Unterschiede, daß sie ihrer Alterszulage verlustig gegangen sind, so daß sie mit geringerem Lohne wieder anfangen mußten.

Dann will ich noch die Arbeitsverhältnisse einer andern Kategorie von Arbeitern zur Sprache bringen. Die Kesselwärter im Verwaltungsgebäude der Gasanstalt haben die gleiche Arbeit zu verrichten, wie die übrigen Kesselwärter des Gaswerks. Aber sie haben nicht die gleiche Arbeitszeit. Während die Kesselwärter im Gaswerk eine tägliche achtstündige Arbeitszeit haben, haben die Kesselwärter im Verwaltungsgebäude eine zwölfstündige, und von Sonnabend auf Sonntag eine achtzehnstündige. (Hört, hört!) Eine solche Arbeitszeit ist unerhört, in der die Arbeiter 18 Stunden ohne Pausen beschäftigt werden. Es ist dringend geboten, daß dieser Zustand beseitigt wird. Das Gleiche trifft auch für die Portiers zu. Die arbeiten ebenfalls 12 Stunden und am Sonnabend 18 Stunden. Für diese Arbeiter fordern wir, daß sie unter denselben Antrag begriffen werden, den ich in voriger Sitzung für die Schaltwärter des Elektrizitätswerks gestellt habe. Ich beantrage deshalb,

daß hinter „Schaltwärter“ hinzugefügt werde „sowie für die im Verwaltungsgebäude des Gaswerks beschäftigten Kesselwärter und die Portiers des Gaswerks“.

Dann will ich noch einen Wunsch der Laternenwärter vorbringen, die dringend wünschen, daß sie Regenmäntel erhalten. Sie müssen ihre Tätigkeit bei jedem Wetter verrichten, so daß sie bei Regenwetter völlig durchnäht werden. Es ist deshalb notwendig, daß ihnen ebenso wie den Straßenreinigungs-Arbeitern Gummimäntel geliefert werden. Dann führen sie Beschwerde darüber, daß sie in der Gasanstalt wöchentlich dreimal zum Appell kommen müssen, während sie sich beim Wasserturm nur zweimal melden müssen. Die Laternenwärter glauben, daß das erstere auf Willkür eines Beamten zurückzuführen ist. Ich bitte deshalb um Abstellung dieser Verschiedenheit.

Dann hat Herr Bruns sich mächtig entrüstet. Ich will mir ersparen, weiter darauf einzugehen. Ich habe das Gefühl, daß er seine Aufgabe als Bürgerchaftsvertreter darin erblickt, von Zeit zu Zeit die Bürgerchaft zu erheitern. Für die Ausführungen des Herrn Senators und der Direktoren, soweit mir Aufklärung auf meine Anfragen gegeben worden ist, will ich meinen Dank aussprechen mit der Hoffnung, daß es dazu beiträgt, in Zukunft von vornherein Auskunft zu geben in Sachen, bei denen man Irrungen unterworfen sein kann. Im übrigen bemerke ich, daß ich

von dem, was ich an bestimmten Behauptungen aufgestellt habe, nichts zurückzunehmen habe. (Bravo!)

Senatskommissar Herr Senator Dr. Kirchhoff: Ich wollte eine Richtigstellung bezüglich der Fassung des Jahresberichts machen. Es ist durchaus unrichtig, daß ein anderes System gewählt ist, wie Herr Pieck andeutet, um die Sache zu verschleiern. Es sind in diesem Jahresberichte bei der Selbstkostenberechnung dieselben Gruppen vorhanden, wie in dem des Vorjahres, nämlich Lichtzwecke, andere Zwecke und öffentliche Zwecke. Während sie dort mit I, II und III bezeichnet sind, sind sie hier unter Ia und b und II untergebracht. In beiden Jahresberichten finden Sie den Reinertrag beziehungsweise Durchschnittserlös und die Selbstkosten angegeben. Im vorigjährigen Berichte sind die Selbstkosten zusammengefaßt, und nur der Reinertrag ist auseinander gehalten. Aus dieser Zusammenfassung mußte jeder Leser erkennen, daß die Werte auf eine Einheit gebracht sind, die sich aus den Selbstkosten jeder einzelnen Gruppe berechnet. Ich meine, daß Herr Pieck das erkennen konnte.

Herr Direktor Süchting: Ich will kurz auf die Fragen von Herrn Pieck antworten. Zuerst über die Kessel. Herr Pieck meint, daß sie zu früh angeheizt wären und zwar auf meine Verantwortung, ehe die Lieferantin es zugelassen hätte. Das ist nicht richtig; das Anheizen ist erfolgt im Einvernehmen mit der Lieferantin. Eine Kleinigkeit ist richtig: die Anheizung geschah, ehe der Schornstein ganz fertig war. Der Schornsteinbauer hielt seinen Termin nicht. Wir brauchten aber die Kessel dringend und so mußte ich anheizen mit halbfertigem Schornstein. Es ergab sich, daß der halbfertige Schornstein nicht zog, so daß provisorisch ein Ventilator eingebaut werden mußte. Dieser machte reichlich starken Zug. Vielleicht war die Folge des starken Zuges, daß zwar nicht die Kessel, aber die Ueberhitzer gelitten haben und nachgebogen werden mußten. Die Lieferantin und das Elektrizitätswerk waren verschiedener Meinung darüber, ob die Ursache an der Mangelhaftigkeit der Ueberhitzerklappen oder an dem starken Zuge des Ventilators lag. Wir haben die Frage offen gelassen und uns gesagt, es werde sich kaum feststellen lassen. Es war ein Abzug fällig, aber nicht für schlechte Lieferung und mangelhafte Leistung, sondern für Terminüberschreitung. Die Deputation hat beschlossen, den Preisabzug für die Terminüberschreitung fallen zu lassen dagegen, daß der Lieferant die Ueberhitzer-Reparatur auf seine Kosten ausführte. Uebrigens hat sich später herausgestellt, daß nicht der Ventilator die Schuld gehabt hat, sondern die Klappen, die die Ueberhitzer vor übermäßiger Erwärmung hätten schützen sollen, aber selbst dem Feuer nicht standhielten.

Herr Pieck ist dabei geblieben, daß Reparaturen von Staatsarbeitern ausgeführt würden. Ich kann nur wiederholen, daß diejenigen Reparaturen, die an

den Kesseln gemacht sind, und an denen die Lieferantin Schuld ist, von Arbeitern der Lieferantin ausgeführt sind, und daß, wenn einmal unsere Arbeiter dabei ausbilsweise mit beschäftigt gewesen sein sollten, dies der Lieferantin in Rechnung gestellt worden ist. Selbstverständlich kommen daneben auch laufende normale Instandhaltungsarbeiten an den Kesseln vor — die Kessel sind zwei Jahre im Betriebe — und diese Instandhaltungsarbeiten, die dem Betriebe zur Last fallen, sind selbstredend von unseren Leuten, oder auf unsere Kosten vorgenommen.

Es ist gesagt, die Maschinen hätten bei den Proben nicht die garantierte Leistung ergeben. Das ist nicht richtig. Die Maschinen sind abgenommen, denn sie haben die Leistung ergeben, die vertraglich vorgeschrieben war. Kleine Mängel, die aber mit der Leistungsfähigkeit nichts zu tun haben, sind auf Kosten der Lieferantin abgestellt worden.

Dann ist gesagt, es arbeiten drei Kessel auf eine Turbine. Das ist richtig. Ursprünglich war vorgesehen, daß je zwei Kessel für eine Turbine ausreichen sollten, und daß jede Turbine 1000 Kilowatt leisten sollte. Bei der Ausschreibung ergab sich aber, daß wir Turbinen von je 1200 Kilowatt für denselben Preis bekommen konnten, wie Turbinen von 1000 Kilowatt. Bei der Ausschreibung war eine Leistung von 1000 Kilowatt verlangt. Die in Betracht kommenden Anbieter hatten aber keine Typen von genau 1000 Kilowatt, sondern mußten die nächstgrößere Type von 1200 Kilowatt anbieten. Wir haben diese Mehrleistung natürlich mit Freuden angenommen. Infolgedessen genügen nun bei voller Belastung der Turbine für sie nicht mehr zwei Kessel, sondern es müssen drei Kessel auf eine Maschine arbeiten. Da aber alle Kessel durch die Dampfleitung miteinander verbunden werden können, so kann ich darin beim besten Willen nichts Ungünstiges erblicken.

Weiter ist wegen der Garantie für ausreichende Stromlieferung gefragt worden. Es ist gesagt, im September hätten wir einmal knapp darangesessen. Daran ist etwas Richtiges. Aber das hat auch seinen besonderen Grund: Wir haben beim Werder die Schleusen- und Turbinenbaugrube durch elektrische Pumpen trocken gehalten; der Pumpenbetrieb verbrauchte etwa 600 Pferdestärken Tag und Nacht. Der Strom wurde vom Elektrizitätswerk geliefert. Ueber diese Stromlieferung haben wir mit der Aktien-Gesellschaft für Hoch- und Tiefbau einen Vertrag abgeschlossen, in dem wir den Strom zu einem billigen Preise zusagen konnten, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Stromlieferung nicht über den 1. September 1908 hinaus verlangt würde. Denn bis zum 1. September hatten wir unsere Maschinen ohnehin nicht voll beschäftigt. Nach diesem Termin aber brauchten wir sie selbst. Nun ging aber der Bau in der Turbinen- und Schleusenbaugrube nicht so schnell voran, wie der Unternehmer gehofft hatte. Eine böse Hochwasserkatastrophe verzögerte den Bau, und

so mußte die Baugesellschaft auch nach dem 1. September noch Strom brauchen. Ich habe dann erklärt, daß ich versuchen wolle, was ich könne, um den erforderlichen Pumpenstrom zu liefern, aber ich könnte für nichts garantieren. Mitte September oder Anfang Oktober kamen wir dann wirklich einmal in eine ernste Verlegenheit. Ich sah an dem Tage mittags voraus, daß die Lage in etwa zwei Stunden kritisch sein werde. Ich bereitete die Bauleitung der Schleusenanlage darauf vor, daß ich dann vielleicht genötigt sein werde, den Pumpenstrom abzustellen. Man sagte mir, daß der dadurch für den Staat entstehende Schaden enorm groß sein würde. Denn die Baugrube würde ersaufen und die frisch eingebaute Betonsohle brechen. Infolgedessen habe ich mit der Automobilsfabrik verhandelt und gefragt, ob ich im Notfalle sie abschalten könne. Der Schaden für den Staat wäre jedenfalls ganz unverhältnismäßig viel kleiner gewesen, selbst bei Gewährung einer Entschädigung an die Fabrik. Zum Glück wurde auch dies nicht nötig; wir sind gerade eben durch den kritischen Abend gekommen. Aber eine Verantwortung für diese heikle Situation muß ich für meine Person durchaus ablehnen. Ich hatte nur bis zum 1. September die Stromlieferung übernommen, und es war nicht meine Schuld, daß sie länger erforderlich war. Hätte man sie von vornherein bis in den Dezember verlängert, so hätte ich die Lieferung von vornherein ganz abgelehnt. Jetzt wird nur noch mit halber Kraft gepumpt.

Der Kohlenstopp liegt selbstredend so, wie es in der Zeichnung angegeben ist; ich werde hier doch keine falsche Zeichnung aushängen.

Die Kohlenförderung sei unpraktisch, sagt Herr Pies; denn wir müssen nach Fertigstellung der Wasserkraft alle Kohlen erst lagern und also doch zweimal bewegen. Ich bemerke dazu zunächst, daß ein Vorrat von etwa 1000 Tonnen schon in den Silos untergebracht werden kann. Dieser braucht jedenfalls auch in Zukunft nur einmal bewegt zu werden. Den übrigen eisernen Bestand, der für die Fälle von Störungen am Wasserkraftwerk bereit liegen muß, wird man freilich einmal von Hand transportieren müssen. Aber erstens ist diese Menge pro Jahr nur gering, und zweitens wüßte ich nicht, wie man es anders hätte machen sollen. Hätten wir vielleicht noch hunderttausend Mark mehr ausgeben sollen, um auch diese kleine Förderung automatisch einzurichten? Ich sagte schon vorhin, daß sich das nicht rentiert haben würde. (Zuruf.) Es handelt sich um eine größte Entfernung vom Trichter von 40 bis 50 m.

Ferner: Änderungen, die vorgenommen sind. Herr Pies hat jetzt gesagt, was er im Auge hatte. Von den größeren Änderungen und Auswechselungen, die aber nicht auf unsere Kosten gemacht sind, habe ich schon vorhin gesprochen. Was Herr Pies aber im übrigen hierzu noch vorgebracht hat, ist wirklich spaßhaft. Wenn ich finde, daß ein paar Lampen nicht zweckmäßig angebracht sind — in den Zeichnungen läßt

sich ihr Platz nur ungefähr andeuten — und ich lasse sie um ein paar Meter verschieben, so ist das doch wirklich nicht der Rede wert. Ähnlich ist es mit den Schienen in der Hundestraße. Gewiß kommt es vor, daß ich ein ausgeführtes Detail sehe, das mir nicht zweckmäßig erscheint, und daß ich dann anordne, daß es geändert wird. Soll ich, um 10 Mk zu sparen, eine Sache weniger gut lassen, oder weniger betriebssicher und mich jahrelang über den Mangel ärgern? Das wäre keine richtige Sparsamkeit. Bei allen großen Werken kommt das selbe vor, und der Chef läßt doch nicht etwa aus Laune ändern, sondern weil die erste Ausführung ihn auf bessere Ideen gebracht hat und weil die Verbesserung die Änderungskosten wert ist. Auch müssen Sie bedenken, wie schnell die Vervollkommnungen in der Elektrotechnik auf einander folgen. Aber alle solche Änderungen beziehen sich nur auf Kleinigkeiten, und nicht auf Sachen von Bedeutung. Darüber sollte man nicht viel Aufhebens machen. (Zustimmung. Zuruf: Pies soll Direktor werden! Heiterkeit.)

Es wird Schluß der Debatte beantragt.

Rednerliste: Bruns, Rhein, Nicolaus.

Herr Pies: Ich bitte auch ums Wort!

Der Antrag wird genügend unterstützt.

Herr Nicolaus: Die Annahme des Schlußantrages würde mich verhindern, eine Anfrage an Herrn Direktor Dr. Schütte zu stellen, was unter N H 3 zu verstehen ist. (Zuruf: Ammoniak!) Dann möchte ich auch die Frage an den Herrn Senatskommissar stellen, wann der Bericht zu erwarten ist, von dem Herr Dr. Feldmann im Namen der Deputation am 23. September erklärt hat, daß er schon fertig sei.

Herr Bruns: Zur Abwehr eines persönlichen Angriffs!

Wenn ich nach Ansicht des Herrn Pies zur Erheiterung der Bürgerchaft beitrage, so befinde ich mich in dieser Beziehung in besonderer Gesellschaft: ich denke an das Auftreten des Herrn Pies in Nürnberg. (Große Heiterkeit.)

Herr Rhein: Ich möchte auch bitten, den Schluß noch nicht zu belieben. Es hat ja eine sehr ausführliche Debatte stattgefunden, aber dieser Gegenstand ist sozusagen zum Gegenstand des heutigen Abends gemacht, und es werden nur noch ein paar kleine Gegenstände nebensächlicher Art erledigt werden können. Ich möchte darum bitten, den Schluß noch nicht zu belieben, sondern den Rednern, die angeschrieben sind, noch Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

Herr Hagemeyer: Ich glaube, daß, nachdem auch Herr Nicolaus noch gesagt hat, was er hat sagen wollen, die Debatte wohl geschlossen werden könnte. Diese Debatte hat unzweifelhaft das Vertrauen zu

unsern Erleuchtungs- und Wasserwerken erhöht, und dazu hat gerade die Art beigetragen, wie die Herren von der Linken ihre Angriffe gemacht haben.

Herr Dr. Feldmann: Ich bin der Meinung, daß sehr gut Schluß gemacht werden kann. Die Gründe, die Herr Nicolaus dagegen angegeben hat, sind nicht ausreichend. Herr Nicolaus hat eine Anfrage gestellt, die ich jeden Augenblick selbst oder die jemand anders beantworten kann. Ich kann die Antwort auch mit zwei Worten geben. Er hat gefragt, warum der Bericht über die Herabsetzung des Strompreises noch nicht komme. Die Antwort ist: die Reichsfinanzreform.

Herr Henke: Ich will nicht bestreiten, daß das Vertrauen zur Leitung des Elektrizitätswerks heute erhöht worden ist. Wenn aber von einem Verdienst dabei die Rede ist, daß dies aus den Verhandlungen resultiert, so käme dies auf unsere Kosten. (Heiterkeit.) Sie hätten ja sonst keine Gelegenheit gehabt, die Direktoren so reden zu lassen! Im übrigen bitte ich Sie, den Schluß abzulehnen. Wir möchten Ihnen beweisen, daß es als die Pflicht eines Volksvertreters zu betrachten ist, hier vorzutragen, was außerhalb des Hauses so durchsickert und wie ein Feuer unter der Asche fortglimmt. (Herr Leymann: Klatschereien!) Die Deputation sollte uns dankbar sein, daß wir den Direktoren Gelegenheit gegeben haben, die Sachen aufzuklären.

Der Schlußantrag wird angenommen. (Ruf von links: Angst!)

Der Antrag Pief in der neuen Form wird genügend unterstützt.

Der Antrag Junge wird mit großer Majorität abgelehnt.

Der Antrag Pief wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Präsident: Wir zeigen den Empfang des Berichts dankend an. — Herr Senator Kirchhoff hat den Wunsch geäußert, ich möchte die Herren der Bürgerschaft bitten, Sonntag morgen um zehn Uhr in Hastedt zur Besichtigung des neuen Elektrizitätswerks zu sein. Dann steht ja die Sache noch allen in frischer Erinnerung. (Zuruf: Nicht lieber etwas später? — Widerspruch.) 10 Uhr scheint die Meinung der Mehrheit zu sagen.

Herr Nicolaus: Bis 10 Uhr sind die Geschäfte geöffnet, ich bitte $\frac{1}{2}$ 11 zu sagen.

Präsident: Gut, dann 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in Hastedt.

Nr. II der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 1. Dezember 1908:

Vergrößerung des Friedhofs zu Hastedt.

Herr Nagel: Es handelt sich hier um ein Stück Land, welches mit 7 m Front an der Inselstraße liegt,

70 m tief ist und sich nach hinten bis auf 32 m verbreitert. Es ist von zwei Seiten vom Friedhofsareal umschlossen. Es würde sich dem vorhandenen Areal sehr schön anpassen und dieses gut arrondieren. Kauft der Staat dieses Stück, so würden wir dann ungefähr ein Rechteck haben von etwa 90 m Front an der Inselstraße bei 70 m Tiefe. In der Deputation für Friedhöfe herrschte Einstimmigkeit darüber, daß, soweit die Interessen des Friedhofs in Frage kommen, es kein unbedingtes Erfordernis sein würde, das Stück zu kaufen, aber ich kann nur wiederholen, daß dieses Stück sich dem vorhandenen Gelände sehr gut anschließen würde. Was den Preis anbetrifft, 55 M per qm, so kann ich sagen, daß es kein übermäßiger ist, wenn wir ihn vergleichen mit den Preisen, die für Land dort in der Nähe bezahlt worden sind. Der Preis würde auch entschieden ein höherer sein, wenn das Stück nicht eine sehr kleine Straßenfront hätte und deshalb für die Bebauung ungünstig wäre. Wenn die Bürgerschaft sich auf den Standpunkt des Senats stellen will und die Deputation autorisieren, das Vorkaufsrecht auszuüben, so würde ich das persönlich sehr begrüßen. Als Rechnungsführer der Deputation kann ich natürlich nur den vorliegenden Bericht, den ich unterzeichnet habe, vertreten.

Herr Bley: Ich habe das Grundstück heute angesehen und bin der Meinung, daß wir es kaufen müssen. Das neben diesem Grundstück liegende, dem Staat bereits gehörige Areal wird durch den Ankauf im Wert sehr gesteigert, da dieses Grundstück in das andere Grundstück schräg hineinschneidet und dieses darum auf eine Front von 12 bis 15 m nicht bebauungsfähig ist. Deshalb möchte ich dringend bitten, für den Ankauf einzutreten.

Herr Garde: Auch ich kann mich nur auf den Standpunkt des Senats stellen. Wir würden sehr kurzfristig handeln, wenn wir uns diesen Platz entgehen lassen wollten, das wird jeder sagen, der das Areal gesehen hat. Wir sollten jetzt zugreifen. Für in der Nähe liegendes Land ist im Jahre 1902 schon ein Preis von 40 M gezahlt worden, 55 M ist also kein teurer Preis, nachdem das Land während der Zeit im Wert sehr gestiegen ist durch den Anschluß an die Stadt. Ich bitte den Ankauf zu genehmigen.

Herr Lankau: Die Gründe, die heute für den Ankauf angeführt sind, lasse ich gelten, ich habe mich nur zum Wort gemeldet, um meiner Verwunderung Ausdruck zu geben über den Bericht der Friedhofsdeputation. Der ist ganz unbegreiflich angesichts dessen, was der Rechnungsführer eben gesagt hat, das steht ja im Gegensatz zu dem Bericht, der sich klipp und klar gegen den Ankauf ausspricht. Machen Sie doch nicht solche Fagen! (Heiterkeit und Unruhe.) Es ist das kein schöner Ausdruck, aber er ist richtig.

Herr Nagel: In dem Bericht ist eingehend ausgeführt, (Herr Lankau: daß das Areal nicht angekauft werden soll!) daß der Ankauf für den Friedhof nicht unbedingt erforderlich ist. Es handelt sich hier um ein Areal von $\frac{6}{10}$ Morgen, und was will ein solches Stück Land verschlagen gegen die Kämmerade, die wir für Friedhofszwecke angekauft haben und die 235 Morgen groß ist. Wenn sich die Herren aber auf den Standpunkt des Senats stellen wollen, so ist das zu begrüßen, wir verbessern dadurch das vorhandene Areal wesentlich.

Präsident: Die Äußerung des Herrn Lankau kann ich doch nicht so hingehen lassen. Ich kenne die Herren der Friedhofsdeputation als ernste Herren, die keine Fagen machen. Solcher Ausdruck paßt nicht für die Bürgerschaft.

Der Antrag des Senats wird angenommen.

Nr. V der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 24. November 1908:

1. Gewerbemuseum. (Schulgeld.)

Der Antrag wird angenommen.

2. Neubau des Polizeibureaus XV.

Herr Notar Tebelmann: Namens der Dienstwohnungskommission kann ich kurz berichten, daß sie dieses Projekt geprüft hat und abgesehen von den sonstigen nicht ihrer Prüfung unterstellten baulichen Einrichtungen dieses Projekts die beantragte Wohnung für unannehmbar gefunden hat, weil sie nach ihrer Ansicht über das Maß des Erforderlichen hinausgeht. Die Bürgerschaft hat in verschiedenen Fällen derartige Projekte zurückgewiesen; sie sind dann den Verhältnissen entsprechend reduziert worden. Auch dieses Projekt geht, wie erwähnt, über das Nötige hinaus, weshalb die Dienstwohnungskommission beantragt:

Die Bürgerschaft erachtet die für die Wohnung des Polizei-Kommissärs in der an der Voltmershauserstraße zu errichtenden Polizei-Wache für erheblich über das Maß des Erforderlichen hinausgehend. Sie beschließt die Zurückweisung dieses Bauprojektes zum Zwecke der Vereinfachung und Kostenverminderung.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich mir ein paar Worte erlauben und einen Wunsch an die Baudeputation damit verbinden. Wir haben bei der Prüfung von Dienstwohnungen wiederholt die Erfahrung gemacht, daß derartige Wohnungsprojekte weit über das hinaus gingen, was für nötig zu erachten ist und was auch den Verhältnissen des Beamten, der die Wohnung benutzen soll, angemessen erscheint. Hierauf ist bis jetzt keine genügende Rücksicht genommen. Bei fast allen Projekten, mit welchen

Dienstwohnungen verbunden sind, findet man, daß die Forderungen hinsichtlich der räumlichen Ausdehnung derselben weit über das hinausgehen, was gefordert werden sollte. Die fertigen Projekte, die nachher wieder umgearbeitet werden müssen, kosten doch auch viel Zeit und Geld. Wir bitten, die Beamten dahin zu instruieren, daß sie in bezug auf Konstruktion und Einrichtungen von Dienstwohnungen vorsichtiger sind. Es wird gesagt, die Baubehörde habe das auszuführen, was die Bedürfnisbehörden verlangen, aber ich bin fest überzeugt, daß die Polizeibehörde in diesem Falle nicht gesagt hat, es sollen fünf Wohnzimmer, eine Küche, Speisekammer, Klosett, Mädchenkammer, Baderaum usw. da sein. Das sind 12 Räume für die Kommissarwohnung, ich bin überzeugt, daß sich hierbei mancherlei sparen läßt. Da könnte auch Zeit und Arbeit gespart werden. Es ist für die Dienstwohnungskommission gewiß nicht angenehm, wenn sie diese Projekte beanstanden muß. Das kann von seiten der Baudeputation verhindert werden, und darum möchte ich gebeten haben.

Herr Schrage: Es ist schade um die Arbeit, welche die Baudeputation sich mit diesem Projekte gemacht hat. Die Baukommission kann sich mit demselben nicht befassen. Abgesehen von dem, was Herr Tebelmann gesagt hat, stimmt es nicht mit den Angaben der Baukommission. Nach ihrer Ansicht ist der Grundriß verfehlt, und der Preis von 39 000 M ist zu hoch. Es sollte sich ein derartiges Gebäude für einen viel billigeren Preis herstellen lassen. Das Grundübel liegt in der zu weiten Projektierung des Erdgeschosses. Da ist eine Verschwendung beim Korridor geübt, und die Zimmer sind zu groß. Darauf baut sich das Obergeschoß auf, dann weiß man nicht, was man mit den großen Zimmern anfangen soll. Der Korridor ist 2,50 m breit und geht durch das ganze Gebäude, während er nach Ansicht der Baukommission bedeutend verringert werden könnte und der Korridor so gedacht werden kann, daß er auf ein Zimmer zuläuft, was den großen Plan zusammendrängen würde. Es ist gesagt, daß viele Leute hier im Bureau Dienstboten an- und abmelden. Das ist aber nur zweimal im Jahre. Am 1. Mai, da ist gutes Wetter, darum können die Leute dann draußen stehen, und am 1. November, wenn Mietzeit ist, läßt es sich auch gut einrichten, so daß ein so großer Korridor nicht nötig ist. Ich möchte nur bitten, daß die Baudeputation uns ein Projekt mit einer kleineren Dienstwohnung vorlegt.

Herr Leymann: Ich muß mich gegen die Ausführungen von Herrn Tebelmann wenden. Wenn Sie so verfahren wollen, dann stellen Sie ein Programm auf, wonach der Staat für Beamte dieser Kategorie eine solche Dienstwohnung und für andere solche Dienstwohnungen bauen soll. Dann haben die Beamten der Baudeputation etwas, wonach sie arbeiten können. Vor zwei Jahren haben wir eine große Auseinandersetzung wegen des Polizeibureaus an der Hemelingerstraße

gehabt. Da wurden vier Projekte vorgelegt, und das Endergebnis war, daß genau dieses Projekt ausgeführt wurde. Nun geben Sie den Beamten der Baudeputation die Schuld, sie hätten nicht programmäßig gearbeitet. Ich bestätige, daß dieses Projekt hervorgegangen ist aus dem, was die Baukommission und die Dienstwohnungskommission in ihrer Weisheit zusammenberaten haben. Und nun soll in Woltmershausen nicht dasselbe erforderlich sein, wie an der Hemelingerstraße? Das ist wohl nicht angängig. Dann ist gesagt, das Erdgeschoß sei zu groß. Ich sage, es ist nicht zu groß. Das ist für die Diensträume erforderlich, da müssen wir für die Beamten ein geräumiges Zimmer haben, wir können die Beamten nicht auf einem kleinen Plätzchen zusammenpferchen, und wir können auch nicht verlangen, daß das Publikum auf der Straße steht, wie Herr Schrage sagt; das ist unmöglich. Er sagte auch, der Korridor sei für dieses Gebäude zu groß. Das ist nicht der Fall. Wir stehen immer auf dem Standpunkte, daß wir für Dienstgebäude geräumige Korridore haben müssen, zweckmäßige Diensträume und keine Lächer. Darum möchte ich bitten: Stellen Sie von der Dienstwohnungskommission ein Programm auf, was wir für die einzelnen Beamten als höchste und niedrigste Kosten anwenden dürfen. Dann weiß die Baudeputation, Abteilung Hochbau, was sie zu machen hat.

Herr Willstein: Nach der Vorlage hat man das Empfinden, als wenn ein Neubau, der durchaus erforderlich ist für den V. Bezirk, hintangeseht werden soll. Ich möchte befürworten, daß er an zentraler Lage erbaut wird und damit im nächsten Jahre begonnen wird, denn dafür liegt ein großes Bedürfnis vor. Wenn 12 Beamte dort abwechselnd Tag und Nacht anwesend sind, dann ist es nötig, daß das berücksichtigt wird und daß nicht gesagt wird, der Bau könne zurückgestellt werden.

Herr Donath: Wir werden uns für die Vorlage erklären mit der Einschränkung für die Dienstwohnung. Dabei kann gespart werden, denn die braucht nicht so groß zu sein, wie sie vorgeschlagen ist. Nun steht im Berichte, daß der Bürgerverein sich dafür erklärt habe. Es freut uns, daß die Behörde einem dringenden Wunsche der Bürger Rechnung tragen will; nun sollte sie auch dem dringenden Wunsche Rechnung tragen, und auch die Regulierungsdeputation, daß die Regulierung an dieser Straße fortgeschreitet.

Herr Blanke: Ich bin der Meinung, daß die Bürgerschaft dieses Projekt nicht genehmigen kann. Es würde zu weit führen, wenn ich auf alles eingehen wollte, was Herr Leymann gesagt hat. Es sind ein paar ausschlaggebende Punkte: die Dienstwohnung macht nicht ganz zwei Drittel und das andere gut ein Drittel des Kubikraumes aus. Das sollte uns be-

stimmen, das Projekt an die Hochbauinspektion zurückzugeben und sie ein anderes auszuarbeiten zu lassen. Zweitens ist es der große Korridor, der von jedem Techniker aufgehoben werden kann. Ferner kommt hinzu, daß das Kommissarzimmer in der ersten Etage liegt. Nach meiner Ansicht gehört das neben das Zimmer des Wachtmeisters und der Wachtmannschaften. Ich bitte, den Antrag der Dienstwohnungskommission anzunehmen.

Herr Notar A. Tebelmann: Ich wollte einige Erwiderungen auf die Ausführungen von Herrn Leymann machen. Ich glaube, daß er in der Baudeputation allein steht, wenn er verlangt, die Baukommission solle erst ein Programm geben. Das ist Sache der Bedürfnisbehörde und der Baudeputation, und ich wüßte nicht, wie die Baukommission dazu kommen sollte, vorher ein Programm aufzustellen. Herr Leymann sagt, im Polizeibureau an der Hemelingerstraße sei die Wohnung ebenso ausgeführt, und das vorliegende Projekt sei lediglich eine Kopie von dem Plan des Bureau an der Hemelingerstraße. Ich gebe zu, daß die Wohnung in dem Polizeigebäude an der Hemelingerstraße, trotzdem sie bedeutend verringert wurde, in ihren Räumlichkeiten noch reichlich groß ist und vielleicht noch mehr hätte beschränkt werden können. Wenn Herr Leymann davon gesprochen hat, daß die Baukommission und die Dienstwohnungskommission in ihrer Weisheit nachher kämen und das und das sagten, so kann ich nur sagen, daß die Weisheit der Baukommission und der Dienstwohnungskommission darin besteht, Projekte auf das, was wirklich erforderlich ist, zurückzuführen und dadurch Geld zu sparen. Das ist uns in verschiedenen Fällen gelungen in ganz erheblichen Beträgen. Die Dienstwohnungen kosten uns gerade Geld genug (Sehr richtig!), so daß wir alle Ursache haben, dabei zu sparen. Ich möchte dringend bitten, unsern Antrag anzunehmen.

Herr Leymann: Ich selber bin der größte Gegner von Dienstwohnungen und habe das verschiedentlich zum Ausdruck gebracht, aber ich kann nicht zugeben, daß gegen die Hochbauinspektion immer wieder Vorwürfe erhoben werden, daß sie die Projekte nicht richtig vorbereitet hätte. Dieses Projekt ist eine genaue Kopie von dem Projekt, das wir für das Polizeigebäude an der Hemelingerstraße beschlossen haben. Jetzt wird gesagt, das Zimmer des Kommissars gehöre nicht in die Etage. Ich erinnere daran, daß bei dem Polizeibureau auf der Hemelingerstraße auf Wunsch der Baukommission das Zimmer für den Polizeikommissar aus dem Parterre herausgekommen und in die Etage verlegt ist, damit das ganze Gebäude mehr zusammengeschoben würde. Jetzt haben wir es hier so gemacht, und nun ist es wieder nicht richtig. Wir können ja das Projekt noch einmal ansehen, ich

möchte aber die Dienstwohnungskommission bitten, uns annähernd ein Programm aufzulegen, was für Zimmer für die Beamten dieser und anderer Kategorien bei Dienstwohnungen verlangt werden. Die Hochbauinspektion kann ja leicht andere Zeichnungen machen, aber die Vorwürfe, wie sie gegen diese Beamten erhoben sind, muß ich entschieden zurückweisen.

Der Antrag der Dienstwohnungskommission wird angenommen.

5. Nachbewilligung für die Feuerversicherung.

Der Antrag wird angenommen.

Nr. VI der Tagesordnung:

Mitteilung des Senats vom 2. Dezember 1908:

2. Ankauf des Grundstücks Bornstraße Nr. 22.

Herr Dr. Quidde: Die Juristische Kommission hat nichts zu bemerken.

Der Antrag wird angenommen.

3. Krankentransportwagen.

Der Antrag wird angenommen.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 40 Minuten.